

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 223 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 8/2013 VOM 6. AUGUST 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Altanschießer beim WAV
Panke/Finow wehren sich**
Streit in der StVV Bernau

7 | **Eberswalde unterstützt 12/13
Klage gegen 380-kV-Leitung**
Hauptausschuß entscheidet am 8.8.

**Zwischen »neuer Kurs«
und 17. Juni 1953**
Lehrer und Schüler in der Krise (II)

»Schwerter zu Pflugscharen«

Eberswalde (bbp). Der werbewirksame Artikel auf Seite 7 des Juli-Amtsblattes über den Eberswalder Schützenverein habe ihn befremdet, schrieb Frank Neumann von der Kirchengemeinde Finow jüngst an die Pressestelle der Stadtverwaltung. Das Amtsblatt hatte darüber berichtet, wie Bürgermeister Friedhelm Boginski dem 425. Schützenkönig und der nicht auf solch lange Tradition zurückgehenden Schützenkönigin der Eberswalder Schützengilde 1588 die Königsketten verlieh und der Gilde zu ihrem Jubiläum gratulierte.

»Nicht wenige Bürger der Stadt Eberswalde«, so Frank Neumann, »haben 1989 demonstriert, auch um die waffenstarrten Freizeitgänge wie Kampfgruppen der Partei der Arbeiterklasse, GST, Wehrkundeunterricht an den Schulen in Ostdeutschland abzuschaffen«. Das Logo bei diesen De-

monstrationen sei das christliche Abzeichen »Schwerter zu Pflugscharen (Micha 4.3)« gewesen. Es scheine offensichtlich gleichfalls in Vergessenheit geraten zu sein, daß bei den Attentaten an den Schulen in Winnenden und Erfurt Waffen aus Schützenvereinen eine Rolle spielten.

»Welch eine seelische Belastung muß eine solche große Würdigung freizeittlicher Übungen dieser Art durch allerhöchste kommunalpolitische Träger für Eltern und andere Angehörige der Kinder sein, die bei einem normalen Schulgang ums Leben kamen«, so Neumann weiter. Er wünsche sich mehr Lehrer in der Eberswalder Kommunalpolitik, »um für dieses Thema Menschen sensibel zu machen«. Er werde jedenfalls noch lange mit dem Abzeichen »Schwerter zu Pflugscharen« auf seinem Rad durch Eberswalde radeln.

Kinderbespaßung im Mitteldeutschen Rundfunk

Tag der offenen Kaserne bei der Bundeswehr in Marienberg. »Schon geraume Zeit bevor sich der Schlagbaum endlich hebt, haben sich zahlreiche Neugierige eingefunden. Das Interesse ist offenbar groß«, kommentiert der Fernsehreporter die entsprechenden Bilder. Unter den Wartenden viele Kinder, die mit Mama und Papa angerückt sind. Dann Wehrtechnik in der Totale und im Detail. Panzer mit aufgepflanztem MG, Flaks, tragbare Kleinstraketen zur Bekämpfung feindlicher Fahrzeuge, olivgrünes Gerät für den Brückenbau. Raubtiernamen fallen, »Fuchs«, »Leopard«, »Panther«. Dann rammeln Panzer durch das Gelände, passieren Sandhügel und Wassergräben, drehen sich karussellartig um sich selbst und stoppen korrekt vor dem Absperrband, hinter dem die Zuschauer begeistert applaudieren. Es folgen Szenen, die Soldaten beim Überwinden nachgebauter Häuserfronten zeigen und beim Abknattern ihrer Präzisionsgewehre. Zum Finale der Show rollt eine Gulaschkanone auf den Bildschirm. »Traditionsgemäß wird Erbswurstsuppe gereicht«, vermeldet die kommentierende Stimme und setzt noch ein drauf: »Nachschlag war kein Problem ...«

Die Suppe gewiß nicht. Das Problem waren aber die Kinder. Die spielten nämlich mit in diesem Report, indem ihnen übel mitgespielt wurde. Sie hockten, glänzende Augen, rote Ohren, auf den Panzern, sie durften an die Peilsysteme der Kanonen herumfingern, sie bekamen originale Kommandantenkappen übergestülpt. Und die lieben Krieger waren ihnen auf fürsorgliche Weise beim Einstieg in die Kampfmaschine behilflich und beim Ausstieg gleichermaßen. Es wurde sogar getätschelt.

Lassen wir die NVA da, wohin sie verschwunden ist, in der Versenkung. Nur beispielshalber aber sei daran erinnert, daß solche makabren TV-Beiträge in der »kratischen Replik« so selten nicht waren, immer aber damit endeten, daß ein dressierter Knabe versprach, BOB oder BUB* zu werden. Um das sozialistische Vaterland gegen die Bonner Ultras zu verteidigen. Magazine des Westfernsehens und vorneweg der Altnazi Löwenthal reagierten dankbar und fütterten die Zuschauer wochenlang mit Empörung. »Zonenkinder an Kriegsgeräten«, hieß es da, und von einer besonders perversen Form von Kindesmißbrauch war die Rede.

Übrigens verzichteten die Einblicke ins Soldatenleben in beiden Fällen darauf, die Gäste in die Magazine für den Ernstfall zu führen. In die



dunkle Ecke, wo die Leichensäcke und Blechsärge deponiert sind. Nicht mal eines der High-Tech-Fahrzeuge des medizinischen Diensts wurde vorgeführt, wo »unter Feldbedingungen« sogar Amputationen vorgenommen werden könnten. Vielleicht befürchtete man, daß das eine und andere Elternpärchen zum Nachdenken gekommen wäre, wenn Sohn Torben die Knochensägen erklärt werden.

Aber – es war ja noch Suppe da. Nachschlag kein Problem.

Dr. STEFFEN PELTSCH

* BOB = Berufsoffiziersbewerber, BUB = Berufsunteroffiziersbewerber

Ohne Bein

Seit langem bemühen wir uns in unserer Zeitung vor allem darum, zur Transparenz politischer Entscheidungen beizutragen. Die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung und neuen Medien bietet weitergehende Chancen, um Informationen und Daten schneller und komplexer zu verarbeiten, Wissen zu verbreiten und in nicht geahnter Weise zugänglich zu machen. Auf elektronischem Wege läßt sich alles mögliche miteinander verknüpfen und lange speichern. Das Netz weiß alles, vergißt nichts, wird immer schneller und umfassender. Und die technischen Möglichkeiten werden sich zukünftig weiter entwickeln.

Es stellt sich die Frage, wie wir und unsre Gesellschaft damit zurecht kommen. Zunächst scheint sicher zu sein, daß sich der technische Fortschritt nicht aufhalten läßt. Wie jede technische Innovation wird auch die elektronische Datenverarbeitung mißbraucht, um Menschen einzuschüchtern, zu beherrschen und zu betrügen. Das bedeutet auch, daß ein sicherer Schutz vor neugierigen Zeitgenossen und zukünftigen Bewohnern dieser Erde nicht möglich ist. Das gilt nicht nur für das gesprochene Wort und tatsächliche Handlungen, sondern auch für Unterbewußtes, Gedachtes und längst Vergessenes jeder Art. Wer das nicht glaubt, wird sich bei der nächsten Bewerbung wundern, kann sein Amt verlieren und sieht sich unvermittelt besoffen auf dem Bildschirm.

Alles kommt raus. Lügen haben keine Beine mehr. Wer damit Probleme hat, kann nur begrenzt etwas dagegen tun. Selbst wer wenig Spuren hinterläßt, fällt schon dadurch auf. Geschönte Selbstdarstellungen und geheime Beschlüsse sind letztlich nur peinlich.

Mit der neuen Ehrlichkeit haben manche Leute so ihre Probleme. Versierte Pressesprecher und windige Kommunikationsberater helfen nur begrenzt weiter. Abgesehen von den Kosten ist die Bespitzelung in befreundeten Staaten vor diesem Hintergrund lächerlich.

Natürlich kommt es darauf an, was man mit den neuen Medien macht und wie man sie nutzt, um sein und unser Leben zu verbessern.

Informationen müssen auch zukünftig aufbereitet werden, damit man etwas versteht. Das wird einfacher und leichter, setzt aber gewisse Fertigkeiten und etwas Intelligenz voraus, damit man sich im Datendschungel zu recht findet. Persönliche Entscheidungen können dadurch sicherer, das Leben bunter und die Entwicklung vielfältiger werden. Außerdem verbessern sich die Möglichkeiten jedes Einzelnen, Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten zu nehmen.

Was Sie hier lesen, wird mit voller Absicht veröffentlicht, um politische Entscheidungen zu verbessern. Es kann durch Sie verbreitet werden. Denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Bahnhofsinsel-Projekt zum Mitmachen

Auf dem Eberswalder Bahnhofsvorplatz wird Neuland gestaltet: 2014 soll auf einer Fläche von etwa 50 Quadratmetern an der Nordseite der Taxihaltestelle die Bahnhofsinsel entstehen, ein Projekt des ALNUS e.V. (Arbeitsgemeinschaft für Landschaftspflege, Naturschutz, Umweltbildung und Stadtökologie). Stadtentwicklungs- und Tiefbauamt haben ihre Unterstützung zugesichert.

Zentrum des Projekts, das mit dem Wort »Insel« fürs erste gut umschrieben ist, soll ein Solitärbaum werden: ein Baum, der Platz hat, sich zu entfalten, unter dem man sich treffen und sitzen kann und der auch zu einem Wahrzeichen der Stadt werden könnte – zumindest als erste Begrüßung für Reisende. Darunter können Sitzgelegenheiten geschaffen werden, auch für Blumen, Sträucher und originelle Pflastergestaltung ist Platz. Kleine Kunstwerke und Informationen zu Stadt und Umland könnten die Installation vervollständigen.

Die Idee, dem recht weitläufigen Bahnhofsvorplatz einen grünen Mittelpunkt zu geben, ist nicht neu: 2012 gestaltete die Initiative wandelBar zum ersten Mal mit Hilfe von Topfpflanzen einen temporären Garten zwischen Eisenbahnstraße und Bahnhofsgebäude. Auch in diesem Jahr wurde die Aktion »Grüner Bahnhof« wiederholt. Nun soll im gleichen

Geist auf einer kleineren Fläche etwas Dauerhaftes entstehen. Wie die Bahnhofsinsel genau aussehen wird, werden letztlich die EinwohnerInnen unserer Stadt entscheiden: ALNUS organisiert dazu einen öffentlichen Ideenfindungs- und Planungsprozeß mit einer ersten Veranstaltung am 14. September.

Auch jetzt schon können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger Ideen einbringen, die Beiträge anderer kommentieren und an Abstimmungen teilnehmen: Unter bahnhofsinsel.alnus-eberswalde.de ging am 1. August eine Internet-Beteiligungsplattform ans Netz, die Vorschläge entgegennimmt und über den Fortgang des Projekts informieren wird.

Bis zur Baumpflanzung im Frühjahr 2014 wird neben der gärtnerischen und künstlerischen Gestaltung noch einiges zu besprechen sein: die Wahl einer Baumart, die auf dem trockenen Sandboden bestehen kann, die harmonische Einbindung der Insel in den Platz und nicht zuletzt die genaue Finanzierung des Projekts, mit dem sich der Verein vorerst unter Zugrundelegung einer groben Kostenschätzung für den Bürgerhaushalt 2014 bewerben will.

ALNUS ruft alle auf, sich einzubringen und ein Stück Eberswalde mitzugestalten. Machen Sie sich die Bahnhofsinsel zu eigen, diskutieren und entscheiden Sie mit! DANIEL FUCHS

So geht das nicht!

Ein verantwortungsbewußter Erdenbürger, jetzt verfolgt und gejagt, deckt einen Spionage- und Abhörskandal ohnegleichen auf: THE BIG BROTHER IS WATCHING YOU ...

Das PRISM-Programm überwacht Yahoo, Microsoft, Google, Facebook und Apple. Jeder Kunde dieser Firmen hat also eine virtuelle Akte bei CIA und NSA. Also im Prinzip jeder! So weit so schlecht.

Doch nun stellt sich heraus: Die Briten scannen systematisch sämtliche Internet- und Telefonverbindungen, weltweit. Zum Schutze Ihrer Majestät! Oder, weil der neu angeschaffte Super-Computer ausgelastet werden muß. Und man schafft schöne neue 100 Arbeitsplätze für junge gutausgebildete Nachwuchsspione. Die wollen alle eine Familie gründen!

Aber, liebe britische Freunde, so geht das nicht! Unseren deutschen Daten- und Fernsprechschatz möchten wir doch, bittschön, selber überwachen. Wozu haben wir hochqualifizierte IT-Spezialisten und eine Mega-Baustelle in Berlin-Mitte? Das können wir alles selber ... und viel genauer! Unser Programm heißt dann nicht PRISM, sondern nach echter deutscher Beamtensart: BuNaDInTÜvScuDat – Bundesnachrichtendienst-Internet-Telefonie-Überwachungsverordnungs-Scann-Programm und Datenablage.

Und was einmal in der Ablage liegt, das weiß jeder, das liegt da schön lange ...

JÜRGEN GRAMZOW

Berührungsängste abbauen



Wie schon viele Jahre, besuchte die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) auch in diesem Sommer die Integrative Erlebnisfreizeit des Allgemeinen Behindertenverbandes Land Brandenburg e.V. (ABB) am Werbellinsee. »Seit über zwanzig Jahren findet hier erfolgreiche Integrationsarbeit statt. Kinder mit und ohne Behinderung genießen gemeinsam ihre Ferien am Werbellinsee. So werden Berührungsängste abgebaut und ein tolerantes Miteinander gelebt«, erklärte Behm. »Das Engagement der Initiatoren Uta und Thomas Kroop beeindruckt mich sehr, zumal sie seit 1991 jedes Jahr einen Teil ihres Urlaubs einplanen, um dieses Projekt zu ermöglichen.«. Jedes Jahr nehmen bis zu 240 Kinder und Jugendliche am Ferienprogramm des ABB teil, das in zwei Durchgängen in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte am Werbellinsee im Biosphärenreservat Schorfheide/Chorin stattfindet. Finanziert wird die Erlebnisfreizeit aus Lottomitteln des Landes, durch den ABB und durch Spenden.

BRITTA DUILLE

Altanschießer wehren sich!

Immer dienstags: Demo auf dem Bernauer Marktplatz

Zum drittenmal gab es am 30. Juli auf dem Marktplatz in Bernau eine Demonstration gegen die Beitragspolitik des Wasser- und Abwasserverbandes Panke/Finow (WAV).



Am 16. und 23. Juli folgten jeweils etwa 1.000 Bürgerinnen und Bürger aus Bernau, Biesenthal, Rüdnitz und Melchow dem Aufruf der Bürgerinitiative (BI). Mit dem Unmut wächst das Interesse. So kamen am 30. Juli schon rund 1.300 Menschen vor das Bernauer Rathaus, um dort friedlich, aber sehr bestimmt zu protestieren. Von verschiedenen Rednern, überwiegend Betroffene, wurden immer wieder drei Forderungen erhoben:

- Stopp der Versendung der Beitragsbescheide
 - Umstellung auf Gebührenmodell
 - Rückzahlung der bezahlten Beiträge
- Eine Vielzahl von selbst gefertigten Plakaten brachte es deutlich zum Ausdruck: »Altanschießer sind kein Zahlvolk, sondern Wahlvolk«.

Dora Duhn aus Melchow (BI) appellierte an den amtierenden WAV-Vorsitzenden und Bürgermeister von Bernau Hubert Handke: »Rufen Sie eine außerordentliche Verbandssitzung ein, um die Versendung der Bescheide zu stoppen, das Gebührenmodell einzuführen und bereits gezahlte Beiträge zurückzuerstatten!« Die 1.300 Demonstranten reagierten mit lautstarkem Beifall. Kritik wurde von den Rednern an den vielen

Abgeordneten laut, die ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern nicht gerecht werden. Abgesehen davon, daß sich nur Vereinzelte auf dem Marktplatz der Diskussion mit den Bürgern stellten.

Wilfried Schapler, Unternehmer aus Bernau, soll jetzt erneut mehr als 80.000 Euro an Beiträgen bezahlen, bei einem Verbrauch von 200 Kubikmetern Wasser. Mit solchen Beiträgen werden Existenzen gefährdet. Er warnte Investoren: »Hände weg von Bernau«. Dr. Gabriele Dittmann aus Börnicke trifft es noch härter. Bei ihr werden über 87.000 Euro an Beiträgen fällig. Sie zeigte dem Verband die »Rote Karte«. Angebotene Stundungen sind zwar eine Möglichkeit, bedeuten aber Verschuldung. Herr Sauer aus Bernau gab seiner Empörung wie folgt Ausdruck: »... die Beitragserhebung kann für kleine Leute und Gewerbetreibende den Ruin bedeuten. Aber Satzungen können von Menschenhand geändert werden.«

Auch Dr. Dagmar Enkelmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung und Bundestagsabgeordnete, meldete sich zu Wort. Sie unter-

strich deutlich unsere oft wiederholten Forderungen. »Der Verband ist liquide und kreditfähig«, stellte sie fest. Sie hoffe, daß der Protest der vielen Bürger Anlaß zum Nachdenken über die Auswirkungen der Beiträge ist. Bürger, Betriebe und kommunale Unternehmungen seien davon betroffen, so Enkelmann.

Der Bernauer Stadtverordnete Thomas Strese (Unabhängige Fraktion) hat im Vorfeld der Demo seinen Aufsichtsratsposten bei den Stadtwerken Bernau niedergelegt. Er will damit ein Zeichen des Protestes setzen.

Mit Hilfe der umsichtigen Organisation von Andreas Neue (Bernau) und die wortreiche Moderation von Jörg Kopec (Melchow) wird die BI die Demos auf dem Bernauer Marktplatz immer dienstags, um 17 Uhr, fortsetzen.

Das werden wir solange tun, bis die Altanschießer-Beiträge vom Tisch sind

DORA DUHN (Melchow),
Mitglied der Bürgerinitiative

Entscheidung in der StVV

Verzicht auf Altanschießerbeiträge

Bernau (bbp). Den Verzicht auf die Erhebung von Altanschießerbeiträgen durch den Wasser- und Abwasserverband (WAV) Panke/Finow will nun die Linksfraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (SVV) mittels Beschluß erreichen. Die Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des WAV sollen mit dem Beschluß aufgefordert werden, im WAV die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß »ein sofortiger Verzicht auf die Erhebung von Altanschießerbeiträgen durch den WAV Panke/Finow erklärt wird, die weitere Versendung von Bescheiden unverzüglich gestoppt wird, keine Beiträge mehr eingezogen werden und die Rückzahlung bereits gezahlter Beiträge erfolgt«. Desweiteren soll eine Satzungsänderung des WAV »hinsichtlich einer möglichen Umstellung auf eine Gebührenfinanzierung auf der Grundlage verlässlicher Beispielrechnungen geprüft wird. Eine Vorlage dazu ist bis zum 31.12.2013 zu erstellen und im Januar 2014 der SVV vorzulegen.«

Die SVV habe sich in den letzten Jahren bereits mehrfach mit dem Thema Erhebung von Altanschießerbeiträgen befaßt, stellt die Fraktion fest. »Mehrheitlich haben die Stadtverordneten im vergangenen Jahr ein Moratorium für die Versendung der Bescheide beschlossen, um einen Variantenvergleich zur Finanzierung des WAV Panke/Finow vornehmen zu können. Mehrheitlich haben sie ebenfalls entschieden, daß gegen die Bescheide Musterklagen durch den Verband zugelassen werden.« Keine Mehrheit habe es zum Vorschlag einer Satzungsänderung hin zu einer reinen Gebührenfinanzierung gegeben. Inzwischen habe aber die Brandenburger Landesregierung, zuletzt Finanzminister Markov in Bernau, klargestellt, daß die Erhebung von Altanschießerbeiträgen im Ermessen des jeweiligen Verbandes liege. Die SVV Bernau wird auf ihrer Sitzung am 15. August über die Beschlußvorlage entscheiden.

Gebührenmodell bringt neue Ungerechtigkeit

Bernau (bbp). Während sich die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Bernau mit einer Beschlußvorlage hinter die Forderungen der Altanschießer im WAV Panke/Finow stellten, haben sich jetzt 14 Stadtverordnete verschiedener Fraktionen für die Beibehaltung der aktuellen Praxis erklärt. Zu dieser Gruppe gehören 5 der 6 SPD-Abgeordneten, 4 der 6 Abgeordneten der Fraktion CDU/FDP, 2 der 4 Mitglieder der Freien Fraktion sowie der fraktionslose Klaus Labod (Bündnis 90/Die Grünen) und Carsten Schmidt von der Fraktion DIE LINKE.

Die Gruppe argumentiert, mit einer Umstellung auf das Gebührenmodell entstünden neue Ungerechtigkeiten, diesmal gegenüber den

»Neuanschießern« und den Mietern, die jetzt keine Beiträge zahlen. Für eine Rückzahlung bisher gezahlter Beiträge, so ein weiteres Argument, müßten kurzfristig rund 30 Millionen Euro beschafft werden, die nur per Kredit ginge, mit gravierender Gebührenerhöhung als Folge. Bezugnehmend auf die aktuellen Proteste der Altanschießer schlagen die Stadtverordneten für schwierige Fälle vor, »einzelfallbezogen mit den Betroffenen Lösungen« zu finden. Sie stellen auch in Aussicht, »daß hinsichtlich der 'Altanschießergrundstücke' nach Größe, Bebaubarkeit und gegebenenfalls weiterer Faktoren differenziert wird«. Die Gruppe beabsichtigt »partiübergreifend hierzu einen Antrag in der nächsten SVV zur Abstimmung zu stellen«.

Die Demokratische Einheitspartei Deutschlands

Sie wird auch demokratischer Einheitsbrei genannt, abgekürzt CDUSPDGRÜNELINKECSUFDP. Wir verwenden für die Demokratische Einheitspartei Deutschlands die Abkürzung DEP. Sie verrät die Aussagen ihrer Politiker und lädt geradezu ein, deren Anhänger und Mitglieder als Deppen zu bezeichnen.

Im September soll nun der Intelligenzresistente BRD-Bürger bestimmen, welcher verlogene Versagerhaufen aus der Demokratischen Einheitspartei Deutschlands die BRD weiter kaputtregieren soll. Zu diesem Zweck werden dann Porträts von Wahlkampfgrünern an jedem Laternenpfahl aufgehängt. Plakateankleber und Luftballonaufbläser werben dann in Fußgängerzonen der Innenstädte um die Gunst des BRD-Wählers. Die Briefkästen der Bürger werden mit sinnlosen Werbezetteln der DEP überflutet, die dann glücklicherweise oft ungelesen in den Papiercontainer wandern. Im Fernsehen muß der BRD-Bürger für seine Zwangsabgabe dann auch noch das dumme Gequatsche der BRD-Politiker verkonsumieren. Besser wäre es, dieses Geld für vernünftige Zwecke einzusetzen.

Hier soll dem BRD-Bürger einmal eine Bilanz seiner bisherigen Wahlentscheidungen vorgesetzt werden, damit er einen ersten Schritt zur Besserung unternehmen kann.

Schauen wir zu diesem Zweck einmal auf das Thema »Europa«. Es wird immer darauf ausgewichen, wenn die Rede von Deutschland ist. Was hat die DEP für Europa getan? Sie hat die Rekordarbeitslosigkeit in Europa geschaffen, mit unseren Steuergeldern.

Wohl gemerkt, es geht hier nicht um deren Verschwendung, sondern daß sie verwendet wurden, um Partnern damit Schaden zuzufügen. Als Sahnehäubchen gewissermaßen, sollen nun weitere Steuergelder zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU fließen. Was so schön klingt, dient aber ebenfalls der Ausplünderung unserer europäischen Partnerländer, deren Jugendliche man in die BRD verbringen will. Im Gesundheitswesen der BRD gibt es das bereits seit Jahren. Seit der Jahrtausendwende nahm die Zahl ausländischer Ärzte von 15.000 auf 33.000 zu.

All das wäre noch akzeptabel, wäre da nicht das ständige Rumgeflenne vom sogenannten Fachkräftemangel. Es ist nunmal so: Für 450 Euro im Monat gibt es diese nicht. Mal ganz davon abgesehen, daß Nichtfachkräfte in Politik und Wirtschaft viel mehr Geld erhalten, ohne dabei zu arbeiten. Beispiele wären Wulff, der Vorstand der Pleitebank Blessing oder der Pfuscharbeiter Mehdorn. Die DEP bezeichnet solche Elemente als Leistungsträger der Gesellschaft, obwohl die Leistungen für die Gesellschaft von Krankenschwestern, Lehrerinnen und von Müllmännern erbracht werden.

Auch Hoeneß soll so eine Art Leistungsträger sein. Man erinnere sich, wie Merkel beim Champions League Finale ihn herzlich umarmte. Dieser Steuerverbrecher hatte sich selbst angezeigt, anschließend 5 Millionen Euro sofort zurückgezahlt und nach Vollstreckung des gegen ihn ausgestellten Haftbefehls nochmals

eine Kautions von 6 Millionen Euro nachgelegt. Was sollen Hartz 4-Empfänger oder Geringverdiener machen, die sich kein Recht im Rechtsstaat kaufen können?

Wenigstens einige Beispiele wie die Justiz im Rechtsstaat Steuergelder verschwendet: Mehdorn klagt als Air Berlin Chef gegen die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg, deren Chef er ist. Die Gemeinde Schwerin klagt gegen das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, weil die Einwohnerzahl nicht stimmt. Statt die weniger als 1000 Einwohner zu zählen, was sicherlich in zwei Stunden möglich wäre, wird ein aufwendiges und teures bürokratisches Gerichtsverfahren durchgeführt. Die Arbeit für solchen juristischen Firlefanz wäre besser im Bereich der Sozialgerichte oder für die Strafverfolgung eingesetzt, damit bei Straftätern die Strafe sofort erfolgt.

Nicht nur bei der Justiz hat die DEP versagt. Blicken wir nun einmal auf die Wissenschaftspolitik. Als sich medienwirksam die beiden Damen im Hosenanzug wegen eines ominösen Dokortitels im Fernsehen verabschiedeten, ging ein langer Zeitraum zu Ende, in dem in der BRD eine Theologin Wissenschaftsminister war. Bekanntermaßen muß der Wissenschaftler wissen, der Theologe glaubt alles – ist also das Gegenteil eines Wissenschaftlers. Eine Analogie wäre, wenn ein Schwerverbrecher Justizminister sein würde. Schließlich hat die DEP auch noch in vorausweisendem Gehorsam solche Studienabschlüsse wie den Diplom-Ingenieur abgeschafft, und Probleme bei der Universitätsausbildung geschaffen.

Auch bei der »Energiewende« hat die DEP versagt. Zunächst gab es das Gesetz zum Ausstieg aus der Kernenergie. Das wurde von Merkel abgeschafft und einige Wochen später durch ein anderes Ausstiegsgesetz ersetzt. Dadurch steht den Betreibern von Kernkraftwerken Schadensersatz zu, den der Steuerzahler und der private Stromkunde doppelt bezahlen muß. Der Einsatz alternativer Energien ist zu einer finanziellen Katastrophe geworden.

In anderen EU Staaten wie z.B. Österreich ist der Energiepreis durch alternative Energien spürbar gesunken und die Umwelt wurde entlastet. In der BRD passiert durch die DEP das Gegenteil. Durch falsche Anreize wird zuviel nutzloser Strom produziert, der zusätzlich vom privaten Stromkunden bezahlt werden muß.

Die Kriegspolitik der DEP ist zu verurteilen. Dies fing beim Kriegsminister an. Er war ein Politfatzke und Medienstar, der wenige Wochen nach seinem Afghanistanbesuch wegen eines falschen Dokortitels seine Karriere beendete. Man denke auch an die unschuldig demokratisch ermordeten Zivilisten. Der BRD-Bürger wird gezwungen, aus Steuermitteln

dafür noch Entschädigungen zahlen, während zugleich der Schuldige an dem Massaker zum General befördert wird.

Eine gewaltige Industrie produziert teuren Militärschrott, der im Kriegsfall nicht verwendet werden kann, z.B. Eurofighter, A400M und die Drohnen. Nun kann man sagen, besser das Geld so verschwenden, als mit dem Teufelszeug Menschen umbringen. Aber man könnte das Geld ja auch dafür einsetzen, daß Menschen besser leben können, womit jetzt ausdrücklich nicht die Rüstungsprofiteure gemeint sind.

Die Verkehrspolitik ist für intelligente Bürger unverstänglich. Seit 2009 gibt es in Berlin die S-Bahnkrise. Bisher stehen die Politiker dieser Krise völlig hilflos gegenüber. Nach dem Anschluß der DDR an die BRD gab es das Versprechen, das Berliner S-Bahnnetz mit den Strecken von 1961 wiederherzustellen. Kürzlich verkündete Brandenburgs Verkehrsminister, S-Bahn nach Falkensee, Velten, Rangsdorf und Staaken wird es nicht mehr geben.

Weitere gescheiterte Verkehrsobjekte: der Flughafen BER, Stuttgart 21, LKW Maut, durch welche Mautflüchtlinge kommunale Straßen zerstören, und die allgemeine Verschlechterung des Zustands der Straßen.

Auch auf anderen Politikfeldern scheitert die DEP. Man denke dabei an die vielen Lebensmittelskandale, die mit neuer Bürokratie bekämpft werden, statt die Ursachen zu beseitigen. Oder man beachte die steigende Anzahl von Verbrechen, die in keiner amtlichen Statistik erscheinen.

Nun ja, wer sich für die DEP entscheidet, der unterstützt die Mißwirtschaft. Diese Partei hat die deutsche Wirtschaft längst ruiniert. Deutsche Produkte werden nicht mehr verkauft, sondern im Ausland verschenkt. Man schaue auf die steigenden Target2-Salden. Andererseits spätestens, wenn man an einem Pfandrücknahmeautomaten steht, müßte man begreifen, daß die DEP nicht einmal eine Pfandregelung für eine Saftflasche fertigbringt. Sie kann offensichtlich nichts dafür.

In der Kulturpolitik finde ich die Verweigerung unserer deutschen Sprache schlimm. Wir reden jetzt von Kanzlerin, statt Frau Bundeskanzler, oder von Soldatin, Kapitänin, Offizierin, Hauptmännin habe ich noch nicht gehört. Konsequenz ist diese Regel nicht, sonst würde man die Parteiprogramme nicht herrlich sondern dämlich finden.

Niemand braucht die DEP, sie ist völlig nutzlos. Wir haben die Alternative. Wir sind für ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 Euro im Monat für jeden Bürger. Das ist finanzierbar. Wir haben auch die klugen Leute, die diese Politik realisieren können.

JÜRGEN KLAUS MEIßNER, Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Erbschaft für soziale Zwecke Baumarktinsolvenzen

Eberswalde (bbp). Die Stadtfraktion Die Linke/Allianz freier Wähler hat vorgeschlagen, die Eberswalder Außenstelle des Barnimer Weißer Ring e.V. mit 5.000 Euro aus dem der Stadt überlassenen Erbe von rund 90.000 Euro zu unterstützen. Der Verein Weißer Ring e.V. hilft Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind. »Der Verein benötigt für seine wichtige Opferarbeit, wie dem menschlichen Beistand und der persönlichen Betreuung, auch finanzielle Mittel«, sagt Jörg Matzke, Leiter der Eberswalder Außenstelle. Er versichert, daß die Zuwendungen ausschließlich in Eberswalde verwendet würden. »Unser Verein finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erbschaften. Vereinzelt erhalten wir auch gerichtliche Geldbußen. Leider sind wir dort auch Bittsteller, wie viele andere Vereine auch. Finanzielle Zuwendungen des Staates erhalten wir nicht.«

Das Geld würde beispielsweise für kleinere Sachgeschenke für Kinder aus Eberswalde verwendet, welche Opfer von Straftaten wurden. Auch Blumensträuße für den Besuch von Opfern am Krankenbett im Forßmann-Krankenhaus oder in der Gropiusklinik müssen finanziert werden. Schließlich geht es um finanzielle Hilfen für Opfer von Straftaten aus der Stadt Eberswalde, die auf Grund der Straftat in finanzielle Not geraten sind. Dazu gehören Hilfen zur Überbrückung der tatbedingten Notlagen, zur Finanzierung der Kosten für eine Erstberatung bei einem Rechtsanwalt und eventuell einem Psychologen aus der Region.

»Seit 2002 wurden von unserem Verein im Landkreis Barnim 75.669 Euro an direkter Sofort- und Opferhilfen ausgezahlt, davon 35.668 Euro an Opfer aus der Stadt Eberswalde und deren Angehörige«, sagt Jörg Matzke. Darüber hinaus

habe der Verein auch Gerichtskosten in verschiedenen Instanzen für Opfer von Straftaten übernommen. »Wir als Außenstelle hier in Eberswalde, sind daher über jede finanzielle Zuwendung sehr dankbar.«

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler hat inzwischen weitere Vorschläge zur Verwendung der Erbschaft an die Sozialbeauftragte der Stadt Barbara Bunge übermittelt. Nach Auffassung der Fraktion sollten auch das Hospiz »Am Drachenkopf« des Evangelischen Kirchenvereines in der Eberswalder Mühsamstraße, das Frauenhaus Barnim des Vereines »frauen in not« in der Prenzlauer Straße im Brandenburgischen Viertel, die Suppenküche und die Tafel des Vereines Brot & Hoffnung e.V. in Stadtmitte, die Kleiderkammern/Möbelwerkstatt des Arbeitslosenverbandes Brandenburg e.V. in der Havellandstraße im Brandenburgischen Viertel und in der Bergerstraße in Stadtmitte sowie Institutionen und Vereine, die ausländische Flüchtlinge, insbesondere die Familien mit Kindern im Brandenburgischen Viertel und in anderen Eberswalder Ortsteilen, ehrenamtlich betreuen und deren Integration unterstützen, von der Förderung aus der Erbschaft profitieren.

Die von den Fraktionen und anderen eingehenden Vorschläge für die Verwendung des Erbes werden seitens der Stadtverwaltung hinsichtlich ihrer Zulässigkeit (karitativer Zweck) bewertet und zu einer Liste zusammengestellt, über die am 17. September im Sozialausschuß beraten und am 19. September im Hauptauschuß entschieden wird. Eine Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung ist laut Aussage des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff nicht vorgesehen.

Bürgerentscheid am 18. August 2013

Panketal (bbp). Am 18. August gibt es in Panketal einen Bürgerentscheid. Dem war ein erfolgreiches Bürgerbegehren der Initiative »Pro dritte Grundschule« vorangegangen – bereits das zweite erfolgreiche Bürgerbegehren in diesem Jahr in Panketal. Konkret geht es um den Bau eines dritten Grundschulstandortes durch Umbau des alten Krankenhauses im Panketaler Ortsteil Zepernick. Die Gemeindevertreter hatten das im Januar, trotz bis dahin gegenteiliger Planung, auf Druck von Bürgermeister Rai-

ner Fornell (CDU) abgelehnt und stattdessen einen Ergänzungsbau am bisherigen Standort favorisiert. Nach Auffassung der Bürgerinitiative ist das zwar die billigere Variante, mit der aber die bestehenden Probleme in den Panketaler Grundschulen nicht gelöst werden.

Erreicht der Bürgerentscheid eine mehrheitliche Zustimmung bei einem Quorum von mindestens 25 % der Wahlberechtigten, dann ergibt das einen verbindlichen Auftrag an den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung.

Leibnizbrücke freigegeben KJP-Sprechstunde

Eberswalde (prest-ew). Seit dem 17. Juli verbindet die Leibnizbrücke wieder das Wohnviertel nördlich des Finowkanals mit dem Stadtzentrum. Die Leibnizbrücke ist 56 Meter lang, der Weg darüber zweieinhalb Meter breit. Neubau, Beleuchtung und Abriß der alten Brücke kosteten circa 930.000 Euro. Gebaut haben die Strabag AG, Betonbauer aus Neuenhagen und der Stahlbauer aus Oderberg.

Eberswalde (prest-ew). Seit Juli bietet das Kinder- und Jugendparlament (KJP) der Stadt Eberswalde Sprechzeiten im Rathaus an. Jeweils am ersten Mittwoch im Monat steht der KJP-Vorsitzende Alexander Merten zwischen 14 und 17 Uhr in Raum 103 Interessierten Rede und Antwort. Zur nächsten Sprechstunde erwartet Sie Alexander Merten am 7. August im Rathaus.

Eberswalde (bbp). Nach »Praktiker« in Finowfurt hat nun auch »Max Bahr«, der zum gleichen Konzern gehört, Insolvenz angemeldet. Offenbar, weil sich ein Warenkreditversicherer zurückgezogen hat. Die Gewerkschaft ver.di warnt vor einer Zerschlagung des Konzerns. »Auch Warenkreditversicherer, Banken, Lieferanten und Vermieter müssen Verantwortung für die Arbeitsplätze und Existenzen der rund 15.000 Beschäftigten bei Max Bahr und Praktiker übernehmen«, sagte das zuständige ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Es sei skandalös, daß ein einzelner Warenkreditversicherer aus kurzfristigem Profitinteresse die Fortführung des Unternehmens gefährde. »Wer über Jahre gute Geschäfte mit Praktiker und Max Bahr gemacht hat, muß jetzt auch aktiv daran mitwirken, den Beschäftigten und ihrem Unternehmen eine Perspektive zu eröffnen«, betonte Nutzenberger. Vorrang müsse jetzt die Warenbelieferung der Märkte und Filialen haben. »Die Beschäftigten sind trotz der großen Unsicherheit um ihre berufliche und persönliche Zukunft weiterhin engagiert und bereit, sich für ihr Unternehmen einzusetzen. Damit das Geschäft aber weiterlaufen kann, muß ausreichend Ware in die Regale und Lager«, so die Gewerkschafterin weiter. ver.di informiere derzeit, gemeinsam mit den Betriebsräten, die Beschäftigten über die Folgen der Insolvenz sowie ihre Rechte und Ansprüche.

Auf regionaler Ebene gab es seitens der Verantwortlichen im ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim sowie seitens des DGB-Kreisvorstandes Barnim bislang noch keine Stellungnahmen. Die Region Eberswalde/Finowfurt ist besonders betroffen. Die Insolvenzen bei Praktiker und Bahr berühren nicht nur ganz direkt zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch viele Kunden, denen die bisherige Angebotsvielfalt quasi über Nacht abhanden kommt.

Das Wirtschaftsamt der Stadt Eberswalde hat sich sogleich und durchaus nicht ohne Erfolg – um einen Nachfolger für den Bahr-Baumarkt in der Stadt bemüht. Laut Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff gibt es intensive Kontakte mit dem Bahr-Insolvenzverwalter.

Gespräch zu Kita-Qualität

Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag Marie Luise von Halem traf im Rahmen ihrer Sommertour am 5. August mit Silvia Ulonska, Dezernentin für Öffentliche Ordnung, Bildung und Finanzen des Landkreises Barnim zusammen. Die Abgeordnete wollte sich ein Bild machen, wie Kommunen bei der Kinderbetreuung, unabhängig von gesetzlichen Vorgaben, Maßstäbe bei Qualitäts- und Bedarfsentwicklung setzen. Bei dem Termin waren Jugendamtsleiterin Yvonne Dankert und die Projektleiterin Bildungsinitiative Barnim Renate Wolter mit dabei. **TOBIAS ARBINGER**

»Telekomstraße«

Der SPD Ortsverein Biesenthal-Barnim hat sich schon seit geraumer Zeit mit der Wiederherstellung der sogenannten Telekomstraße beschäftigt. Wir sind der Auffassung, daß diese Verkehrsverbindung zwischen den Orten Biesenthal und Finow eine nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensbedingungen beider Orte darstellt.

Allerdings sind auch wir dagegen, daß diese Straße zur Umgehung der Maut für LKW nutzbar sein sollte. Deshalb sollte die Verbindung bautechnisch so gestaltet sein wie man sie zum Beispiel zwischen Lobetal und Ladeburg vorfindet. Hier ist schon durch bauseitige Vorgaben nur ein langsamer Verkehrsfluß möglich. Die Kosten für dieses Projekt sind ebenfalls für beide Seiten durchaus überschaubar. Mit den aktuellen Fördermitteln des Landes Brandenburg sind ca. 90 % der Wiederherstellungskosten gedeckt. Da die Straße in einem landschaftlich sehr reizvollem Gebiet liegt, ist dies auch für Inlineskater und Fahrradfahrer eine interessante Verbindung in die eine als auch in die andere Richtung. Die SPD Ortsvereine Biesenthal- Barnim und Finow werden weiterhin die Instandsetzung dieser Ortsverbindung unterstützen.

ANDREAS BERGENER,
Vorsitzender des SPD-OV Biesenthal-Barnim

Neue Spartakusgruppe

Eberswalde (bbp). Seit zwei Jahren steht Karl-Heinz Blättermann von der »Neuen Spartakusgruppe« an fast jedem ersten Montag im Monat am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel, um »gegen Machtmißbrauch, sozialen Mord und Rechtsbeugung durch den Unrechtsstaat BRD und dessen Handlanger« zu protestieren. Die jüngste Veranstaltung fand am 5. August am Denkmal des KPD-Vorsitzenden der Nachkriegs-BRD statt. Ab September will die »Neue Spartakusgruppe« auch wieder zu den Märkten in Stadtmitte und auf dem Potsdamer Platz aktiv werden. Zur September-Kundgebung am Reimann-Denkmal lädt Blättermann am 2. September, wie immer um 10 Uhr, ein.

Spaß mit Eberswalde-Paß

Eberswalde (prest-ew). Eberswalder mit geringem Einkommen können mit dem Eberswalde-Paß die Freizeitangebote der Stadt ermäßigt nutzen. »Mit unserem Eberswalde-Paß erhält man eine Ermäßigung von bis zu fünfzig Prozent bei Besuchen im Zoo, im Familiengarten, im Spaßbad baff, bei Stadtführungen, in der Bibliothek oder Veranstaltungen der Stadt, wie den Rathauskonzerten«, listet Eberswaldes Sozialreferent Barbara Bunge auf. Anspruch auf den Eberswalde-Paß haben Eberswalder, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, die Grundsicherung im Alter, Bafög, eine Berufsausbildungsbeihilfe oder Wohngeld empfangen. Außerdem können Asylbewerber den Paß beantragen. (www.eberswalde.de)

Ein Marktplatz für das Engagement

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark bereitet momentan eine neue spannende Veranstaltung zur Erweiterung der Kooperation mit regional ansässigen Unternehmen vor.

Unter dem Namen »Tatkräftig Handeln, Der Engagement-Markt in Eberswalde« können Sie als gemeinnützige Organisation mit engagierten Unternehmen in Kontakt treten, um auf Augenhöhe Tauschgeschäfte zu tätigen. Es darf alles getauscht werden außer Geld d. h. Sachmittel aller Art, Dienstleistungen und Beratung/KnowHow. Ein Beispiel: Ein Medienunternehmen bietet einem Verein an, bei der Erstellung eines Imagefilms zu helfen. Im Gegenzug dazu könnte der Verein Blumengestecke für das Büro des Unternehmens erstellen oder die Kinderbetreuung auf einem Betriebsfest gestalten. Der Marktplatz dauert zwei Stunden und findet in einer dynamischen und

lockeren Atmosphäre statt. Während dieser Zeit haben die Beteiligten die Möglichkeit, Kooperationsvereinbarungen zum beiderseitigen Nutzen abzuschließen.

Zur optimalen Vorbereitung bieten wir Ihnen Workshops an:

Am Donnerstag, dem 19. September, ab 18.30 Uhr (Anmeldung bis 12. September) oder am Donnerstag, dem 17. Oktober, ab 9 Uhr (Anmeldung bis 10. Oktober).

Die Teilnahme an einem Workshop ist Voraussetzung, um beim Engagement-Markt dabei zu sein. Die Workshops finden im Konferenzraum in der Rathauspassage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde, statt.

Der erste Engagement-Markt findet am 15. November von 17 bis 19 Uhr im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde statt.

KATJA SCHMIDT

Streit schlichten ohne Gericht

Eberswalde (bbp). Wer Streit mit den Nachbarn hat, muß nicht gleich Anwälte und Gerichte bemühen. Vieles kann unkompliziert und vor allem kostengünstiger bei einer der beiden Schiedsstellen der Stadt Eberswalde geschlichtet werden. Im Postleitzahlbereich 16225 ist Ilona Wünsche, im Bereich 16227 Udo Wessollek zuständig. Ilona Wünsche steht jeden dritten und Udo Wessolek jeden ersten Dienstag im Monat, jeweils von 16.30 Uhr bis 18 Uhr, im Eberswalder Rathaus (Raum 218) für Ratsuchende zur Verfügung. Es können auch Termine außerhalb dieser Sprechzeiten und an anderen Orten vereinbart werden. So nutzte kürzlich eine ältere Bewohnerin des Brandenburgischen Viertels die Möglichkeit, im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 mit Udo Wessolek über ihr Problem zu spre-



Am 1. August führte Udo Wessollek, die für das Brandenburgische Viertel zuständige Schiedsperson, erstmals im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 eine Sprechstunde durch.

chen. Die Termine außerhalb der regulären Sprechzeit werden von Heike Schindler, Mitarbeiterin im Rechtsamt des Rathauses (Tel. 03334/64304) vermittelt.

Schweinemast in Haßleben genehmigt

Nach der Genehmigung der Schweinemastanlage in Haßleben schlagen die Wellen hoch. Die Umwelt- und Tierschutzverbände wollen klagen und der Investor auch. Niemand ist demnach mit der Entscheidung zufrieden.

Es gibt zwei Bürgerinitiativen – pro und contra. Pro hofft auf Arbeit im Ort, und contra sieht die intakte Naturlandschaft und damit die touristische Entwicklung in Gefahr. In der Bevölkerung gibt es Ängste und Fragen, die von möglichen Arbeitsplätzen über die Belastung von Boden, der Gewässern und Mooren, bis hin zum Thema Tiertransporte und Tiergesundheit reichen. Wir brauchen sehr wohl Arbeitsplätze in unserer Region, aber unsere Stärke liegt heutzutage nicht mehr in der Tierproduktion. Die Stärken der Region liegen in ihrer einzigartigen Natur und in den Erneuerbaren Energien. Allein das naturverträglich unter einen Hut zu bekommen ist oft schon kompliziert genug. Doch da sind wir hoffentlich auf

einem guten Weg, wenn ich zum Beispiel an den Bundespreis für die Uckermark als nachhaltige Tourismusregion in diesem Jahr denke.

Es gibt einen weiteren Punkt, der gegen eine so große Schweinemastanlage spricht und das nicht nur in der Uckermark: Der deutsche Markt ist mit 115 % Schweinefleisch mehr als gesättigt und der Preis ist im Keller. Neue Schweinemastanlagen sind daher stark auf den Export ausgerichtet und Konkurrenz für kleinere bestehende Anlagen.

Also ist eine regionale Wertschöpfung nicht zu erwarten. Durch regionale Wertschöpfung entstehen langfristige Arbeitsplätze – und Kleinvieh macht auch Mist. Übrigens ist interessant, was ich aber nicht weiter bewerten will, daß Viehmäster in Holland wegen der hohen Belastung der Landwirtschaftsflächen Geld vom Staat bekommen, wenn sie die Anzahl ihrer Mastplätze reduzieren.

SABINE STÜBER

Für Freileitungsprotest enttäuschend

Am 18. Juli hat das Bundesverwaltungsgericht den Antrag der Kläger, den Planfeststellungsbeschuß für die »Thüringer Strombrücke« aufzuheben, abgelehnt. Das Urteil ist für den Freileitungsprotest enttäuschend, war aber nach der Entscheidung vom März, als das Gericht einen Baustopp ablehnte, absehbar. Eine erste Stellungnahme:

Die Belange des Naturschutzes konnten nicht in der gebührenden Gründlichkeit geltend gemacht werden, weil keiner der anerkannten Verbände der Klage beigetreten war. Hier fehlte die Expertise.

Die Kläger haben zwar nochmals Prof. Jarass aufgeboten, der gut begründet seine Position, daß keine Planrechtfertigung gegeben sei, vertreten hat, aber das Gericht stellte sich auf einen rein formalen Rechtsstandpunkt und konstatierte, daß das EnLAG geltendes Recht und somit die Planrechtfertigung gegeben sei.

Die Frage der Dimensionierung der Leitung wurde eingehend erörtert und hier wurde deutlich, daß die Aussagen des Netzentwicklungsplans 2013 (2 Systeme) im Widerspruch zu der geplanten Dimensionierung (4 Systeme) stehen, aber das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses allein die Erkenntnisse zum Zeitpunkt des Planfeststellungsbeschlusses zu Grunde zu legen seien. Neue Erkenntnisse spielen keine Rolle, denn es gehe ja um die Prüfung, ob der Planfeststellungsbeschuß rechtmäßig zustande gekommen sei. Als technische Alternativen wurden von Jarass die Hochtemperaturseile und Leitungsmonitoring in die Diskussion eingebracht. 50 Hertz bestritt, daß durch diese technische Alternative ausreichende Übertra-

gungskapazitäten gewährleistet werden könnten und behauptete, diese technische Lösung entspräche nicht dem allgemein anerkannten Stand der Technik. Das Gericht schloß sich der Position von 50 Hertz an. Die Frage des Vogelschutzes wurde kurz angesprochen, weil die Leitung ein kleineres Vogelschutzgebiet (»Muschelkalk«) tangiert. Hierzu waren keine Experten geladen, denn keiner der Naturschutzverbände war der Klage beigetreten. Die Verbände hatten sich auch nicht mit Stellungnahmen am Planfeststellungsverfahren beteiligt. Die Argumente des Vogelschutzes wurden deshalb nur sehr allgemein vorgetragen.

Sehr engagiert hat die Landrätin Enders nochmals die Risiken für den Tourismus dargestellt, aber das Gericht sah keine Fehler bei der Abwägung im Zuge der Plangenehmigung.

Das Urteil vom 18.7.2013 hat keine präjudizierende Wirkung für den Rechtsstreit um die »Uckermarkleitung«, denn in unserem Fall ist der NABU als Kläger präsent und alle Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sind bereits durch die Verbände und unsere Experten und ihre Gutachten in das Verfahren eingeführt worden. Die Querung des Biosphärenreservats und zweier europäischer Vogelschutzgebiete stellt eine andere Betroffenheit dar als im Fall der »Thüringer Strombrücke«.

HARTMUT LINDNER

Sprechstunde im Kiez mit dem Europaminister

Eberswalde (thg/bbp).

Nicht, weil in diesem Jahr Bundestagswahlen sind, sondern weil die Bundes- und Landtagsabgeordnete der LINKEN alljährlich im Sommer mit ihrer »Sprechstunde unter freiem Himmel« im Landkreis Barnim unterwegs sind, machten zwei von ihnen, Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag Barnim, sowie Ralf Christoffers, Landtagsabgeordneter und zugleich Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten im Land Brandenburg, am 16.



Juli auf dem Potsdamer Platz im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel Station. Auf dem Foto: Margitta Mächtig im Gespräch mit Hartmut von Damaros, Einwohner des Brandenburgischen Viertels. Synchron spricht Ralf Christoffers mit Einwohnern des Ortsteiles Finow.

Purpur-Fortsetzung: Gartenkonzerte im September

Purpur, das siebentägige Fest im Forstbotanischen Garten, ist schon wieder Geschichte. Die kleine Schwester von Purpur, die Gartenkonzerte im Spätsommer, ist auch gar nicht mehr so weit. Am 5., 7. und 8. September 2013 laden wir ein - in den Garten von Christine und Ralf Wauer im Hof der M2, auf die Insel der Liegenden direkt am Finowkanal und nach

Spechthausen, Treffpunkt Alte Badestelle. Und Sofa Sessions, Schwarz und Schmitz, sowie Jerry Jenkins and his Band of Angels werden wunderbare Lieder zu uns bringen. Alles Weitere dann zur rechten Zeit. Bald gibt es ausführliche Infos auf www.mescal.de, schöne Flyer in der Stadt und auch Karten im Vorverkauf.

UDO MUSZYNSKI

380-kV-Freileitung:

Eberswalde untersützt Klage

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde wird die Klage der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« gegen den Planfeststellungsbeschuß zur Errichtung der 380-kV-Freileitung Bertikow - Neuenhagen (Uckermarkleitung) mit 10.000 Euro unterstützen. Darüber entscheidet der Hauptausschuß der Stadt auf seiner Sondersitzung am 8. August. Gemäß Beschlußvorlage wird die Verwaltung ermächtigt, einen entsprechenden Vertrag mit dem Verein »Wir in der Biosphäre e.V.« abzuschließen.

Die Stadtverordneten hatten bereits im Jahr 2008 auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE gefordert, die »Uckermarkleitung« im Gebiet der Stadt Eberswalde als Erdkabel zu verlegen. Im Jahr 2010 beteiligte sich die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis Barnim, der Stadt Angermünde und weiteren betroffenen Ämtern an der Finanzierung wissenschaftlicher Gutachten, mit denen die Ablehnung des Freileitungsbaus im Planfeststellungsverfahren begründet werden konnte. In ihren Stellungnahmen zum laufenden Planfeststellungsverfahren hatte die Stadt wiederholt ihre Ablehnung gegen das Vorhaben begründet dargelegt.

Basierend auf den Erkenntnissen dieser Gutachten und im Falle eines positiven Planfeststellungsbeschlusses will die Bürgerinitiative eine zusammengefaßte Klage einer betroffenen Privatperson, eines betroffenen Unternehmens und des anerkannten Naturschutzverbandes NABU Landesverband Brandenburg e.V. gegen diesen Planfeststellungsbeschuß anstrengen. In dieser gebündelten Klage kann die ganze Bandbreite an Rechtsverletzungen zur Klagebegründung herangezogen werden.

Selbst wenn es nicht gelingen sollte, den Planfeststellungsbeschuß vollständig zu kippen, rechnen die Rechtsexperten des Rathauses damit, daß wenigstens Änderungen der Trasse festgelegt werden. Sie gehen davon aus, daß das Raumordnungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. So sehen die Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens ausnahmslos die Querung der Stadt Eberswalde vor. Andere Trassenvarianten, die eine Umgehung des besiedelten Stadtgebiets erlaubt hätten, wurden gar nicht untersucht. Für die favorisierte Trasse durch die Stadt stellte das Raumordnungsverfahren selbst nur eine bedingte Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung, einschließlich der Umweltbelange fest.

Die Stadt Eberswalde selbst kann umweltrechtliche Belange nicht gerichtlich geltend machen. Durch die Bündelung der Klage mit dem Naturschutzverband kann die Stadt indirekt dessen naturschutzfachlichen Einwendungsbefugnisse mitnutzen.

NSA, BND, MfS – jeder kennt diese Abkürzungen. Sie bezeichnen Geheimdienste, hier beispielsweise drei Geheimdienste der USA, der BRD und der DDR. Es gibt 192 Staaten, also auch mindestens 192 Geheimdienste. Sogar Luxemburg hat einen. Dessen Chef ist gerade in die Schlagzeilen geraten. Geheimdienste müssen sein – so heißt es allgemein. Ich habe zwar noch keinen Geheimdienst gebraucht, aber wer bin ich schon? Allenfalls einer, der die sicher nicht kargen Gehälter, die Aufwendungen und die modernste Ausrüstung mitbezahlt oder mitbezahlt hat.

Geheimdienste sollen uns schützen. Uns, Otto Normalverbraucher? Wohl eher nicht! »Uns«, das meint – offiziell – unsere Demokratie, unser Staatswesen, also das herrschende System oder – noch klarer – die Herrschenden im herrschenden System. Da sind wohl alle Geheimdienste gleich. Die Geheimdienstler suchen nach Feinden ihres jeweiligen Brötchengebers. Die gibt es sowohl »draußen« als auch »drinnen«. Woran kann man Feinde erkennen? Das scheint nicht so einfach zu sein. Feinde verstehen es, sich zu tarnen. In jedem Schafspelz kann ein Wolf stecken. Und die Wölfe sind alle ganz modern ausgerüstet, fast so gut wie die Geheimdienste. Sie haben die modernsten, leistungsfähigsten Computer, sie informieren sich bei Google, kaufen bei Amazon ein, nutzen Facebook, erledigen ihre Bankgeschäfte online und haben mindestens ein Mobiltelefon. Das hat für sie aber auch Nachteile. So kann man sie ganz bequem per Internet ausspähen, ihre Telefonate abhören, ihre Gewohnheiten und Kontakte analysieren und ihnen mit einem »Täterprofil« auf die Schliche kommen. Dabei kommt es nicht darauf an, daß sie schon etwas – gar Verbotenes oder Gefährliches – getan haben. Allein der dringende Verdacht, sie könnten etwas tun, also wenn das »Profil stimmt«, reicht aus. Die USA sind da schon ziemlich weit. Der Verdächtige wird auffindig gemacht (egal wo auf der Welt er sich gerade aufhält) und per Kampfdrohne unschädlich gemacht. Das spart langwierige Gerichtsverhandlungen, in denen man ja nachweisen müßte, daß der Verdächtige auch schuldig war. Diese Grundeinstellung ist historisch gewachsen. Früher hieß das: »Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer«. Heute gilt: »Jeder tote Verdächtige ist ein potentieller Täter weniger«.

Wir hier in Deutschland machen das anders. Jemand, der als gefährlich identifiziert ist, der wird erst einmal weggesperrt, vorzugsweise in die Psychiatrie, wie der Fall Mollath gezeigt hat. Gefährlich kann man schnell werden. Das geht ganz einfach, etwa indem man z.B. einer Bürgerinitiative angehört, also die Leute aufwiegelt, oder sich weigert, sogenannte öffentlich-rechtliche Forderungen zu bezahlen. Ich denke da z.B. an Anschlußbeiträge bei Wasser. Da gibt es im Land Brandenburg den Fall Peter Kuhnert und in Schleswig-Holstein den Fall Berthold Koch. Letzterer wurde ein halbes Jahr weggesperrt. Das war nicht rechtens, wie die

Unterschiede! Unterschiede?

Die Wahlen rücken näher. Die Parteien suchen Themen, mit denen sie im Wahlkampf punkten können. Keine Behauptung ist dumm genug, keine Lüge dreist genug, um nicht vom dummen Wählervolk (das man ja nicht schelten darf!) geglaubt zu werden. Dieser Tage kam man ja am Thema Geheimdienste nicht vorbei. Grund genug, daß sich die BBP auch dieses Themas annimmt. Das habe ich aus meiner Sicht getan. Es gibt nicht wenige Leute, die das wohl auch so sehen. Hier mein Beitrag:

Behörden jetzt einräumen müssen. Aber wer nicht zahlt und sich gar wehrt, der ist rechtlos. Das haben wir schon von Bertolt Brecht gelernt. Es ist das größte Verbrechen, kein Geld zu haben! Zwar gibt es den »Schuldturm« offiziell nicht mehr, aber Erzwingungshaft ist ja auch nicht viel schlechter, wenn einer nicht bereit ist, die »eidesstattliche Erklärung« abzugeben, zu deutsch, den Offenbarungseid zu leisten.

Nun habe ich mich wohl etwas verplauscht. Wir waren ja bei den Geheimdiensten.

Da habe ich doch – gewissermaßen in einem Atemzug – drei Geheimdienste genannt und sie damit »gleich gemacht«. Durfte ich das? Sind die alle gleich, oder gibt es da Unterschiede? Jeder Journalist, der heute glaubt, zu den Praktiken der USA-Geheimdienste etwas schreiben zu müssen, beeilt sich zu erklären, daß er NSA und MfS nicht – natürlich nicht! – miteinander vergleichen will, denn das ginge ja wohl wirklich zu weit!! Aber ein Vergleich NSA mit BND, ist der zulässig? Jedenfalls ist der wohl nicht so schlimm, schließlich sind wir hier unter Freunden. Freunden kann man schon mal auf die Finger schauen und mit ihnen zusammenarbeiten, wie das Frau Kanzlerin nennt, wenn man das große Ganze sieht, was es hier als System zu schützen gilt. Auf Gesetzestreue kommt es da wohl nicht so sehr an! Zudem will eine Freundschaft schon mal auf die Probe gestellt werden. Das Recht, dem Freund auf die Finger zu schauen oder auch zu hauen, das hat immer der größere, der stärkere der Freunde.

Irgendwie kommt mir das bekannt vor. Nur haben wir damals, als es die DDR noch gab, meist vom »großen Bruder« gesprochen, den wir uns ja im Unterschied zu Freunden nicht aussuchen konnten. Die Geheimdienstmitarbeiter von NSA und BND, alles Freunde und Brüder, sind natürlich alle ganz ehrenwerte Leute, von der Plaudertasche Snowden mal abgesehen.

Im Gegensatz dazu waren die Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes MfS, im Volksmund »Stasi«, alles Schurken, jedenfalls aus heutiger offizieller Sicht. Die Bezeichnung hat etwas mit dem System zu tun. Der eigene Mann z.B. ist ein Kundschafter. Das klingt gut! Die anderen sind Spione und Verräter. Das klingt weniger gut. Die DDR-Kundschafter (oder muß ich sie Spione nennen?) hatten zwar noch nicht die Möglichkeit, das Internet zu nutzen und mußten in mühevoller Kleinarbeit Telefone abhören, Postbriefe öffnen und sich ihrer IM (Inoffizieller Mitarbeiter, bis 1968 als GI – geheimer Informator bezeichnet) bedienen. Dabei hatten sie das Handicap, daß es in der DDR noch nicht so viele Telefonanschlüsse gab und noch keine Mobiltelefone, geschweige denn

Internet. Zudem war auf die IM oft nicht so recht Verlaß. Man sollte durchaus einen Unterschied machen zwischen einem wirklichen Schurken – es gab auch weibliche –, der/die seine/ihre Kommilitonen ausgehorcht hat, Arbeitskollegen und Nachbarn oder gar Mitglieder der eigenen Familie verraten hat und denjenigen, die fest angestellt und eher anonym einfach nur »Feindsender gehört« oder die Telefone des Klassenfeindes abgehört, also ihren »Job« gemacht haben, wie auch heute die Mitarbeiter von NSA oder BND. Es kommt wohl auch darauf an, ob jemand guten Gewissens zu dem steht, was er getan und geleistet hat. Und dann ist es auch nicht ganz unwichtig, wie sein weiteres Leben verlaufen ist. Davon hängt ab, ob und wie die Vergangenheit nachwirkt. Wer sich z.B. in seiner Jugend einer eher »rechten« Gruppierung angeschlossen hat oder gar Mitglied einer rechtsradikalen Partei war (linksradikal ist nicht viel besser!), der konnte sich nun frei entscheiden, wie es mit ihm weitergeht. Wenn er heute Mitglied einer Partei ist, die zum »System« gehört, dann werden ihm seine »Jugendsünden« nachgesehen, er erhält als »Geläuterter« Absolution und wird vielleicht sogar Landtagskandidat.

Herr M.H. von der FDP in Eberswalde ist so einer, wir konnten es in der MOZ lesen. Wer sich allerdings, auch noch sehr jung, einer wenig geliebten Bürgerinitiative anschließt oder gar Mitglied einer echten Oppositionspartei geworden ist (damit meine ich natürlich nicht die Partei DIE LINKE!), dann hat er sich nicht geändert und gehört zu den Unverbesserlichen, »Rechten« oder »Linken«. So einer ist z.B. Herr P.V. von den Unabhängigen aus Bernau. Man beachte den Unterschied!

Nun bin ich doch ganz aus Versehen von den Geheimdiensten zu den politischen Parteien abgerutscht. Dabei sind doch die Geheimdienste viel interessanter! Also noch einmal zurück zu »American Stasi«, eine Bezeichnung jeder hat sie lesen können – von findigen Köpfen, die sich natürlich mit ihrer »Erfindung(?)« nicht beliebt gemacht haben.

Ein Kommentator in der Berliner Zeitung hat seinen Beitrag vom 11.7.2013 zu den »Sorgen der SED-Opfer« – es ging auch um Stasi und NSA – wie folgt geschlossen: »In den Institutionen (gemeint sind die Geheimdienste) fehlt es an Transparenz und Kontrolle. Die NSA ist also nicht die Stasi. Aber schon, daß Unterschiede verschwimmen, ist Anlaß für größte Besorgnis«.

Treffender kann man Gleichheit wohl kaum ausdrücken und dem ist wohl auch nichts hinzuzufügen.

JOHANNES MADEJA

Dezernentin auf Sommertour Hauptstadtreise

Hochsommerliche Temperaturen herrschten bei der Stippvisite von Silvia Ulonska, der Dezernentin für Sozial- und Umweltangelegenheiten des Landkreises Barnim, die sie Mitte Juli auf Einladung von Ortsvorsteher Carsten Zinn in das Brandenburgische Viertel führte. Die Dezernentin hatte den Leiter des Grundsicherungsamtes Torsten Falk mitgebracht, der selbst Einwohner des Viertels ist. Knapp vier Stunden lang führte CARSTEN ZINN die beiden durch den Kiez. Hier sein Bericht:

Eine der Stationen war der Besuch in der Trainings- und Wettkampfstätte des Sportvereins Motor Eberswalde in der Potsdamer Allee.

Sportstättenverwalterin Viola Krosse informierte über die Aktivitäten des Vorstandes seit der Übernahme der Sporthalle von der Stadt Eberswalde im Jahr 2010. Dank kreislicher und städtischer Förderung haben die Sportfreundinnen und Sportfreunde sich ein angenehmes Domizil geschaffen. Die Mitglieder des SV Motor geben ihrem Dank mit hervorragenden Leistungen bei Welt-, Europa-, Bundes- und Landesmeisterschaften oder bei regionalen und lokalen Sporthöhepunkten Ausdruck.



Zum Besuchsprogramm gehörte auch die Förderschule für Geistige Entwicklung, die »Märkische Schule« in der Rheinsberger Straße. Hier konnten sich die Besucher live von den in den Sommerferien stattfindenden Bauarbeiten zur energetischen Sanierung überzeugen.

Im Vereinshaus der Wohnungsbaugenossenschaft an der Havellandstraße galt den Projekten des Migrationsvereins Kontakt e.V., wie der öffentlichen Migrationsbibliothek, und der Arbeitslosenserviceeinrichtung mit Kleiderkammer und Sozialberatung vom Arbeitslosenverband e.V. die gezielte Aufmerksamkeit. Ernüchternd muß in beiden Einrichtungen konstatiert werden, daß die personelle Absicherung solcher wichtigen sozialen Projekte nur mit niederschweligen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs oder dem Bundesfreiwilligendienst, wenig zielführend ist.

Weiter ging es zum Potsdamer Platz. Sehr schnell gab es Übereinstimmung, daß »blinder Aktionismus und Trittbrettfahrerei« für die Bewältigung und Beseitigung der langjährigen und teilweisen imagekillenden Zustände wenig hilfreich sind. Spontan erklärten sich die Sozialdezernentin und der Leiter des Grundsicherungsamtes bereit, im Rahmen des Kreishaushaltes und unter Nutzung der relevanten Förderprogramme zielgerichtet und nachhaltig sozialpädagogische Projekte zu unterstützen und ge-

gebenenfalls zu initiieren. Dazu ist es sehr wichtig, daß die verwaltungsinternen Arbeitsgruppen, die sich mit den Zuständen im Umfeld des Potsdamer Platzes befassen, zeitnah »weißen Rauch aufsteigen« lassen und den Ortsvorsteher, die unmittelbaren Anwohner, einschließlich der im Umfeld ansässigen Unternehmen, Einrichtungen und Vereine sowie die Vertreter der speziellen Personengruppen auf dem Potsdamer Platz aktuell informieren und an den Entscheidungsprozessen beteiligen.

Im Familienzentrum in der Potsdamer Allee nutzte die langjährige Leiterin Eva-Maria Lauf die Gelegenheit, um das spezifische sozialpädagogische Profil des Familienzentrums zu erläutern und die Dezernentin für aktuelle Sachverhalte, die finanziell untermauert und abgesichert sein müssen, zu sensibilisieren.

In der Sozialberatung der Bildungseinrichtung Buckow e. V. erklärte Sozialarbeiterin Petra Pauli das durch den Landkreis geförderte Projekt und machte auf aktuelle Probleme aufmerksam. Die aktuell zur Verfügung stehende Beratungszeit an zwei Tagen in der Woche sei nicht geeignet, um den regelrechten Ansturm von Hilfesuchenden mit der gebotenen Sach- und Fachkompetenz und in der notwendigen Qualität zu bearbeiten. Petra Pauli wird im August im Sozialausschuß der Kreistages Barnim dazu ausführlich berichten.

Kurzvisiten bei der Akzeptierenden Drogenberatung »Experience« in der Gubener Straße und im Mieterbüro des Wohnungsunternehmens TAG in der Frankfurter Allee rundeten den umfangreichen Ortsteilrundgang ab.

Sozialdezernentin Ulonska und Amtsleiter Falk nutzten auch die Möglichkeit, die Wohn- und Lebensbedingungen von bereits im Viertel lebenden aber auch für künftig dem Landkreis zugewiesene Asylsuchende in Augenschein zu nehmen. Dies auch vor dem Hintergrund von aktuellen verwaltungsinternen Abstimmungen zwischen der Kreis- und der Stadtverwaltung sowie den beteiligten Wohnungsunternehmen, bei denen der Ortsvorsteher bisher jederzeit vorbildhaft einbezogen ist. Die Einwohner des Brandenburgischen Viertels werden in der Einwohnerversammlung am 16. September umfangreich darüber informiert.

Abschließend stellte Sozialdezernentin Ulonska unmißverständlich klar, daß das Brandenburgische Viertel große Entwicklungspotentiale hat, die man stärker und verantwortungsbewußter nutzen muß als bisher. Deshalb ist es künftig mehr als wichtig, den Ortsteilumbau mit Augenmaß und Innovation zu betreiben. Die Menschen im Kiez müssen sich jederzeit mitgenommen fühlen.

Am 18. Juni 2013 besuchten 30 Senioren der Stadt Eberswalde den wunderschönen Britzer Garten in unserer Hauptstadt. Die Teilnehmer waren Senioren der IG Metall sowie vom Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde.

Es ging mit dem Bus von Eberswalde direkt zum Britzer Garten. Hier erwartete uns bereits eine nette Dame, die eine zweistündige fach- und sachbezogene Führung im 90 Hektar großen Garten mit uns absolvierte und somit uns viel an botanischen Kenntnissen vermittelte. Der Garten wurde 1985 anlässlich der Bundesgartenschau errichtet. Es ist hier eine wunderbare Gartenkunst zu betrachten, wo Seen, kleine Bäche und Quellen sowie bunte Blumenbeete, Wiesen, Gehölzgruppen, gastronomische Einrichtungen und mehr sehr gut im Einklang mit der Natur verbunden sind. Besonders hervorzuheben ist, daß der Garten für die Berliner Bürger und Besucher Berlins sehr gute Erholungsmöglichkeiten zu jeder Jahreszeit bietet und sehr moderate Einzel- oder Jahrespreise vorhanden sind.

Nach der Führung konnte jeder dann seine Lieblingsecken nochmals aufsuchen und sich noch drei Stunden an der großartigen Parklandschaft im Britzer Garten erfreuen. Wir waren auch erfreut, daß man viele Kinder und Familien bei Spiel und Spaß erleben konnten und das herrliche Sommerwetter an diesem Tag genießen konnten.

Ein Dank gilt dem Organisator Herrn Roedel und dem Kreissenorenrat für die finanzielle Unterstützung.

MONIKA FRIEDRICH

Bundestagsdirektkandidaten: »Altenpolitik konkret«

Eberswalde (bbp). Auf Einladung des Fördervereins Akademie 2. Lebenshälfte werden sich am **29. August von 17 bis 20 Uhr im Haus Schwärzetal** in der Eberswalder Weinbergstraße die sieben Direktkandidaten für den Bundestag im Wahlkreis 57 (Uckermark/Oberbarnim) mit dem Thema »Bundes-Altenpolitik konkret« auseinandersetzen.

Die Zahl der älteren Bürger wächst überall stark an. Wie werden die Bundestags-Direktkandidaten in ihren Politikansätzen dieser Tatsache gerecht? Arbeit bis 67, wachsende Altersarmut und Dauerarbeitslosigkeit Älterer sind dabei genauso bedeutsame Themen wie die Sicherung guter Wohn- und Lebensmöglichkeiten sowie die Teilhabe und Nutzung der Potenziale des Alters.

Auf dem Podium sitzen Alice-Sarah Polzer-Storek (Bündnis 90/Die Grünen), Martin Hoeck (FDP), Wilfried Haase (Freie Wähler), Jürgen Voigt (Die Piraten), Sabine Ursula Stüber (Die Linke), Stefan Zierke (SPD), Jens Koeppen (CDU) sowie als Moderator der MOZ-Regionalleiter Dietmar Rietz.

Die Aufgabenträger für die Abwasserentsorgung können für die Finanzierung nach verschiedenen Modellen verfahren: Beiträge und (geringere) Gebühren oder nur (höhere) Gebühren und keine Beiträge. Beides ist möglich. Beiträge werden berechnet für die Herstellung von Anschlüssen. Man kann – bei vergleichbaren Aufwendungen pro Anschluß – Einheitssätze errechnen. Man kann aber auch nach IST-Aufwand abrechnen. Entweder – oder. Hier ist nur eins möglich.

Aber wo will man die realen Aufwendungen oder gar Einheitssätze hernehmen, wenn es um Anschlüsse aus einer Zeit geht, in der es die derzeit zuständigen Zweckverbände noch gar nicht gab? Moralische Rechtfertigung für Anschlußbeiträge (dem Grunde nach eine Maßnahme der Daseinsvorsorge, die aus Steuermitteln zu finanzieren ist) ist die Behauptung, daß der Anschlußnehmer durch den Anschluß einen, auch geldwerten, Vorteil hat. Ein angeschlossenes Grundstück gilt als wertvoller. Im Einzelfall mag das zutreffen, allgemeingültig ist die Behauptung jedoch nicht. Der »Vorteil« besteht bei genauerem Hinsehen überhaupt nicht. Das ist ärgerlich für die Aufgabenträger, die deshalb den Vorteil auch nicht nachweisen, sondern als gegeben unterstellen – oder ganz einfach »vergessen«, daß ein solcher Vorteil die zwingend notwendige Bedingung dafür ist, daß überhaupt ein Beitrag fällig wird.

Bei den Altanschießerbeiträgen ist besonders deutlich, daß die Altanschießer gar keinen Vorteil haben. Ihren Anschluß haben sie in vielen Fällen selbst finanziert und realisiert und das alte Klärwerk war für sie ausreichend. Für eine »Ertüchtigung«, etwa eine Verbesserung der Reinigungstechnik, haben sie jahrelang Gebühren gezahlt, in denen auch dafür ein Anteil enthalten ist. Für zusätzliche Beiträge gibt es also kein Argument. Von der zweifellos notwendigen Vergrößerung des Klärwerks infolge Netzerweiterung haben nur die Neuanstößer einen Vorteil, wenn sie denn den Anschluß selbst als einen Vorteil empfinden.

Immerhin hat der Bundesfinanzhof in einem Grundsatzurteil (AZ: IX R 61/96) vom 23.02.1999 festgestellt, daß es für den Wert eines Grundstücks unerheblich ist, ob es an einen Kanal oder an die mobile Entsorgung angeschlossen ist. In dem Urteil heißt es wörtlich: »Wird eine auf dem Grundstück vorhandene funktionsfähige Sickergrube durch den Anschluß an den öffentlichen Abwasserkanal ersetzt, so sind die dafür erhobenen Erschließungsbeiträge als Werbungskosten (oder Betriebsausgaben) abziehbar, weil die Abwasserentsorgung lediglich in zeitgemäßer Form modernisiert, das Grundstück aber in seiner Bebaubarkeit oder sonstigen Nutzbarkeit nicht wesentlich verbessert wird.«

Nach alledem stellt sich die Frage, ob Anschlußbeiträge – insbesondere für Altanschießer – überhaupt in Frage kommen. Die Betonung der Verjährungsproblematik verkürzt das Thema in unzulässiger Weise. Sie soll verhindern, daß die grundsätzliche Frage nach

Altanschießer:

Eine wunderbare Geldquelle?

... nicht, wenn wir uns unserer Macht bewußt werden (Teil 2)

von Johannes Madeja

Altanschießerbeiträge – ein Modewort? Es könnte zum Unwort des Jahres 2013 werden. Für viele Menschen im Land ist das Wort neu. Das ist es aber nicht.

der Zulässigkeit der Beiträge überhaupt gestellt wird. Es gibt Bürger und Bürgerinitiativen, die darauf hereinfallen und dann auch »schlau« von »Hygiene«, von »Gerechtigkeit« und »Solidarität« reden. Sie stellen die Altanschießerbeiträge folgerichtig vom Grundsatz her nicht in Frage, wollen es aber »gerecht« und »sozialverträglich«, vor allem aber billig haben. Das alles ist nicht unter einen Hut zu bringen.

Zusammenfassend ist jedoch festzustellen, daß es keine gesetzliche Grundlage gibt, Altanschießerbeiträge zu erheben. Die Gründe »dafür« sind allesamt an den Haaren herbeigezogen und scheitern spätestens an geltenden Bundesgesetzen. »Die Heranziehung der Altanschießer zu Anschlußbeiträgen ist ein verfassungsrechtliches Problem. Dieses bedarf einer gründlichen Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht selbst.« Das ist die Auffassung von Rechtsanwältin Antje Demske, Mitautorin eines Gutachtens, das der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Professor Udo Steiner, erstellt hat. Darin kommt Professor Steiner zu dem Schluß, daß »Altanschießer für Beitragszahlungen in der Zeit vor 2004 nicht mehr herangezogen werden können. Entscheidend für den Beginn der Verjährungsfristen sei der Zeitpunkt, in dem der Träger der Wasserver- und Abwasserentsorgung eine Satzung erstmals in Kraft treten lassen wollte.« Das ist klar und unmißverständlich. Aber die Regierung, ganz besonders offenbar die Landesregierung Brandenburg, braucht Geld. Sie hat eine Juristenkanzlei (ich vermeide bewußt die Bezeichnung Rechtsanwaltskanzlei) engagiert, die glaubt, einen Weg gefunden zu haben und die dafür gut, gar sehr gut bezahlt wird. Der Zweck heiligt die Mittel. Solche Leute scheuen auch vor Rechtsbeugung und Rechtsbruch nicht zurück. Das scheint Regierungen in Deutschland eigen zu sein: Wir probieren es mal und wenn es nicht klappt, dann schieben wir den Schwarzen Peter den Verfassungsrichtern zu.

Das ist auch der Grund dafür, daß Aufgabenträger, Landesregierung und Gerichte (man beachte auch hier die »Allianz«!) nicht daran interessiert sind, daß Landesgesetze auf Bundesebene hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit überprüft werden. Man weiß – natürlich! – um die Rechtsmängel und hofft, daß sich die Bürger das alles gefallen lassen und zahlen.

Die Teilnehmer an zwei einschlägigen Anhörungen im Brandenburgischen Landtag wollten nicht glauben, was sie z.B. am 23. Mai

2013 hören mußten. Vielen betroffenen Bürgern läuft heute noch ein kalter Schauer über den Rücken. Sie kamen nicht zu Wort, nicht ein einziger! Sie durften nur zuhören, zum Teil nur in einem Nebenraum. Die Betroffenen sollen ja auch nicht reden, sondern zahlen! So wünscht sich die Landesregierung das. Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, das entscheiden allein wir, die betroffenen Bürger. Wir sollten ihnen einen dicken Strich durch ihre Rechnung machen. Es gilt einmal mehr: »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt« und »Wer kämpft, der kann verlieren, wer nicht kämpft, der hat schon verloren«. Hier sind unsere Chancen durchaus gut, um nicht zu sagen ausgezeichnet. Nutzen wir diese Chancen!

Wie funktioniert das? Was ist zu tun? Jeder Bescheid wird zunächst gründlich geprüft. Sollte er formfehlerhaft sein, wird er als nicht existent zurückgewiesen. Genügt er allen Formanforderungen, ist ihm zu widersprechen.

Auf keinen Fall wird gezahlt, kein einziger Cent! Wir nehmen § 80, 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) für uns in Anspruch, in dem es heißt: »Widerspruch und Anfechtungsklage haben aufschiebende Wirkung«. Nur bei laufenden Gebühren müßten wir trotz Widerspruch zahlen. So steht in § 80, 2 VwGO. Beiträge sind aber keine laufenden Gebühren.

Falls dann ein Widerspruchsbescheid kommt, der uns zur Zahlung zwingen will, können wir die aufschiebende Wirkung erneut bei Gericht beantragen. Danach muß das Gericht prüfen, wie ein Rechtsstreit voraussichtlich ausgehen würde. Bei zweifelhaftem Ausgang – dieser Fall liegt hier vor – muß das Gericht in einem sogenannten Eilverfahren die aufschiebende Wirkung herstellen, bis das Verfahren in der Hauptsache entschieden ist. Bis alle diese Verfahren abgeschlossen sind, gehen Jahre ins Land. Es fließt kein Geld. Davor fürchtet sich die Landesregierung, die jedem Anschlußnehmer mitteilen läßt, daß er gefälligst zu zahlen hat, auch wenn er widerspricht!

Wenn hunderte, ja tausende sich klug und richtig verhalten, dann haben die Betroffenen echte Chancen, denn dann sind – abgesehen von der Gesetzeslage – Altanschießerbeiträge politisch nicht durchsetzbar. Da, wo Unrecht als Recht erklärt wird, ist Widerstand Pflicht. Tun wir unsere Pflicht! Erzwingen wir eine neue, umweltgerechte und wirtschaftlich kluge und vernünftige Politik! Altanschießerbeiträge gehören nicht dazu!



Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft:

»Nachhaltige Energieversorgung«

Eberswalde (bbp). Die »Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft«, eine im Frühjahr ins Leben gerufene Gesprächsreihe der Heinrich-Böll-Stiftung (BBP 4/2013), hatte im Juni zu ihrer zweiten öffentlichen Diskussionrunde in die Alte Forstakademie eingeladen. Professor Pierre Ibisch von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) sprach diesmal zum Thema »Nachhaltige Energieversorgung - Wie teuer ist sie wirklich?« mit Lars Waldmann, Projektleiter Netze und Speicher des Denk- und Politiklabors AGORA Energiewende.

Hohe Energiekosten sind derzeit ein Dauertema in der Politik. Kürzlich deklarierten auf einem EU-Gipfel die Staats- und Regierungschefs die Senkung der Energiekosten als vorrangiges europäisches Ziel, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der krisengebeutelten EU-Staaten, zu Lasten der Energiewende und des Umweltschutzes. Es scheint, der Erfolg der Energiewende steht und fällt mit dem Preis des Stromes und mit dem ungenuten Gefühl, daß wir uns eine nachhaltige Energieversorgung nicht leisten können. Doch wie lassen sich die realen Kosten für Strom und Energie bestimmen? Wie kann der Energiemarkt gestaltet werden und müssen Ressourcen anders besteuert werden? Welche Rahmenbedingungen machen eine

nachhaltige Energieversorgung möglich und was genau bedeutet Nachhaltigkeit in der Energieversorgung?

Nach einem kurzen Grußwort des stellvertretenden Bürgermeisters Bellay Gatzlaff wurden diese und weitere Fragen von Pierre Ibisch und Lars Waldmann in dem von Inka Thuncke (Heinrich-Böll-Stiftung) moderierten Gespräch umfassend diskutiert.

»Wir können mit Erneuerbaren Energien ein Energieversorgungssystem bauen«, ist sich Waldmann sicher, »das nicht teurer ist als das heutige«. AGORA arbeite derzeit an einer Bilanzierung für ein solches Energieversorgungssystem.

Professor Ibisch mahnte indes an, daß auch Umweltfolgekosten bei solchen Kalkulationen zu beachten sind. Dazu gehören auch Faktoren wie der Landschaftsverbrauch und -beeinträchtigung durch Wind- und großflächige Solaranlagen sowie die Auswirkungen des Verbrauchs sogenannter nachwachsender Rohstoffe auf die Land- und Forstwirtschaft. Diese Aspekte, so mußte auch der AGORA-Projektleiter als bekennender Lobbyist für Erneuerbare Energien zugeben, wurden bislang zu wenig beachtet. Künftig werde »Internalisierung externer Kosten« aber, versicherte Lars Waldmann, eine wichtige Rolle für AGORA spielen.

Lars Waldmann war vor seiner Tätigkeit bei AGORA als Berater für Erneuerbare Energien in München sowie in Führungspositionen in unterschiedlichen Bereichen in der Photovoltaikindustrie tätig. Seit 2004 arbeitet er in zahlreichen Arbeitsgruppen in Industrie- und Solarverbänden sowohl auf deutscher als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

Die **Denkwerkstatt AGORA Energiewende** wurde 2012 von der Mercator-Stiftung und der European Climate Foundation für eine Projektlaufzeit von fünf Jahren gegründet worden. Sie firmiert als Programmbereich der Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) GmbH.

Die **European Climate Foundation (ECF)** wurde 2008 von mehreren Stiftungen aus Großbritannien und den USA gegründet. Das gemeinsame Ziel: ihre Ressourcen effektiv für mehr Klimaschutz in Europa einzusetzen. Die ECF ist eine Nichtregierungsorganisation nach niederländischem Recht. Zu den Unterstützern gehören unter anderem die ClimateWorks Foundation, die Oak Foundation, Die Hewlett-Foundation und die niederländische Postcode Loterij. Das Jahresbudget beträgt rund 20 Millionen Euro.

Die **Mercator-Stiftung** wurde 1996 von der Familie Schmidt aus Duisburg ins Leben gerufen. Die Schmidts gehören neben Haniel und Beisheim zu den Hauptanteilseignern der im gleichen Jahr durch die Fusion mehrerer Handelsunternehmen entstandenen Metro Group.

Die **SEFEP GmbH** ist eine europäische gemeinnützige Organisation mit Sitz in Berlin, die dem Ziel einer vollständig kohlenstofffreien, verlässlichen und vorwiegend Erneuerbaren-basierten Stromversorgung in Europa bis 2050 gewidmet ist. Gegründet wurde sie 2010 durch die ECF und die Stiftung Mercator.

Deutschland und seine Waffen

Unbestritten ist, daß alle Waffen dazu dienen, Menschen und Gebäude zu vernichten. Dabei machen sie keinen Unterschied zwischen Feind und Freund, zwischen Militärangehörigen/militärischen Einrichtungen einerseits und Kindern, Frauen, Rentnern und Schulen, Krankenhäusern, Heimen und Kulturstätten andererseits. Warum also das Interesse an immer mehr und »besseren« Waffen? Waffenproduktion bringt superhohe Rendite. Im Gebrauchsfall werden neue bzw. Zubehör benötigt. Zerstörte Werte müssen ersetzt werden, was ebenfalls gute Betriebsergebnisse garantiert. Die mächtigen Lobbys, die an all dem verdienen, sind international und haben wohl

alle Regierungen voll im Griff. Daher bleiben alle Beteuerungen von Abrüstung, globalen Friedensinteressen, Humanismus leeres Geschwätz. Fest steht, eine Welt ohne Waffen wäre ein Paradies ohne Hunger und mit einem menschenwürdigen Lebensstandard für alle. Deutschland zeichnet sich dadurch aus, daß es an dritter Stelle in der Welt steht, was Waffenexport betrifft. Wir Wähler haben diese und andere Hintergründe erkannt und sollten bei den anstehenden Wahlen entsprechend reagieren – unbedingt zur Wahl gehen und die Stimme ungültig machen. Wenigstens ein weltweit dokumentiertes Signal!

HANS-JÜRGEN BULL

Bahn für Biesenthal

Der Regionalexpress RE3 soll in Biesenthal halten. Das fordert der Landtagsabgeordnete Axel Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) gemeinsam mit der Lokalen Agenda 21 Biesenthal. Die Landesregierung lehnt das bislang ab. Begründung in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Axel Vogel: Die zwei bis drei Minuten Fahrzeitverlängerung würden einen erheblichen Nachteil für alle anderen Kunden darstellen.

Die Lokale Agenda Biesenthal hatte zuvor in einer Umfrage ein Potential von über 100 Neukunden allein für Biesenthal ermittelt, die dort täglich in den RE3 ein- beziehungsweise aussteigen würden. Auch die 150 aktuellen Pendler würden dann täglich den RE3 für die Fahrt zu ihrem Arbeitsplatz in das Berliner Stadtzentrum nutzen, so er denn in Biesenthal hielte. Bislang fahren die Biesenthaler mit der Regionalbahn RB 60 über Lichtenberg in das Berliner Stadtzentrum oder steigen in Bernau um. Zeitverlust pro Tag: wenigstens eine halbe Stunde. Nach dem geplanten Fahrplanwechsel im Winter 2014 wird die Situation noch schlimmer. Dann fährt die Regionalbahn zwar bis Ostkreuz, doch der Regionalexpress wird selbst in Bernau praktisch nicht mehr erreichbar sein. Als Alternative bleibt nur noch die S-Bahn. Axel Vogel: »Der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg verkennet das Kundenpotential in den Orten Biesenthal, Melchow und Rüdnitz. Durch den geplanten Wechsel wäre ein Umsteigen vom RB 60 in den RE3 in Bernau mit einer hohen Wartezeit verbunden und somit unattraktiv. Eine Verbesserung der Anbindung zum Ostkreuz ist zwar wichtig, die Mehrzahl der Reisenden ist aber in Richtung Stadtmitte bzw. Hauptbahnhof unterwegs. Der Halt des RE3 in Biesenthal und der Einsatz von je zwei Verdichterrzügen zu den Hauptstoßzeiten des RE 3 ist hingegen längst überfällig, da die aktuell erreichbaren Züge zu den Stoßzeiten momentan aus allen Nähten platzen.«

ANDREAS REICHLING

Vandalismus pur



In der Nacht vom 2. zum 3. August leisteten Vandalen an einem Buswartehäuschen am Potsdamer Platz »ganze Arbeit«. Am Sonnabend früh entdeckte ein Obus-Fahrer den Schaden. Ein Großteil der Sicherheitsglasscheiben wurden zertrümmert, der Rest beschmiert. Die Passanten, die am Sonntag am Ort des Geschehens vorbei kamen, schüttelten verständnislos den Kopf angesichts dieses Ausbruchs sinnloser Zerstörungswut.

Vor 60 Jahren:

Zwischen »Neuer Kurs« und 17. Juni (II)

von Rolf Richter

Die DDR geriet 1953 in eine ökonomische und gesamtgesellschaftliche Krise. Kriegsfolgen, wirtschaftliche Disproportionen als Folge der Teilung und der kalte Krieg waren objektive Faktoren, die insgesamt die Möglichkeiten der Wirtschaft überforderten. Hinzu kamen eine Reihe schwerer subjektiver Fehler bei der Durchsetzung des Kurses zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus (II. Parteikonferenz) und bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise aber auch bei der abrupten Wende, die dem »Neuen Kurs« eingeleitet wurde. Wie in Teil I angekündigt, geht es in Teil II darum, wie die Ereignisse um den 17. Juni 1953 auf lokaler Ebene am konkreten Beispiel einer Schule in Stendal aufgenommen wurden.

Die Winkelmann-Oberschule in Stendal ging während der demokratischen Schulreform von 1945 aus einem traditionsreichen Gymnasium hervor, das stets den Nachwuchs des Bürgertums der östlichen Altmark auf das Studium vorbereitete. Die seitdem amtierenden nicht NS-belasteten Lehrer bürgerlicher Herkunft haben in traditioneller Weise weiter unterrichtet. 1948 urteilte der Leiter des Volksbildungsamtes, Reinhold Richter »Hier ist es immer noch nicht gelungen, die Mehrheit der Lehrerschaft zu einer wahrhaft demokratischen Einstellung zu erziehen... Der [Schul-]Leiter (CDU) ist entweder nicht fähig oder nicht gewillt, auf sein Lehrerkollegium im Sinne einer fortschrittlichen Unterrichtsgestaltung [d.h. im Sinne der demokratischen Schulreform, R.R.] einzuwirken.«¹ 1953 hatte sich die Situation durch Eintritt neuer Lehrkräfte in Schulleitung und Kollegium deutlich verändert. Allerdings gab es im Januar 1953 in der Schule erhebliche Konflikte. Politische Auseinandersetzungen innerhalb der FDJ-Organisation führten zur Neubildung der Zentralen Schulgruppenleitung (ZSGL) und der Redaktion der Schülerwandzeitung. Hinzu kam der Fall Radloff. Dieser Schüler hatte sich mit dem Bau von Radios, mit Waffen (»nur zur Anschauung«) und Briefpropaganda beschäftigt. In der damals hochbrisanten Situation wurde er aus der FDJ ausgeschlossen und auf Beschluß des Lehrerkollegiums relegiert. Die ZSGL kommentierte das wie folgt: »Die große Aufgabe der Oberschulen der DDR, eine neue Intelligenz heranzubilden. Darum ist gerade an den Oberschulen größte Wachsamkeit vonnöten. Staat der Werktätigen bringt die Riesensummen für die Oberschulen nicht auf, um auf ihnen reaktionäre Elemente heranzubilden.«²

Erheblicher Konfliktstoff entstand an der Schule durch die Kampagne gegen die Junge

Gemeinde (JG), die vor allem durch die FDJ-Zeitung »Junge Welt« und die regionale »Volksstimme« getragen wurde. »Ende Juli 1952 kürzte die Regierung der DDR die Kirchenzuschüsse. Gleichzeitig leitete sie eine neue Großaktion gegen die Jungen Gemeinden ein, die als westliche Spionageorganisationen diffamiert wurden.«³ Unter dem Eindruck, es entstünde unter dem Einfluß der EKD-Leitung eine Gefahr für die einheitliche Jugendorganisation, versuchten viele überzeugte FDJ-Mitglieder, mit erheblichem Druck die JG-Angehörigen zur Distanzierung von der JG zu bewegen. Intern konstatierte man allerdings im Zentralrat der FDJ im Mai 1952: »Der größte Teil der Mitglieder und Funktionäre des Verbandes« verhielte sich zu den JG-Mitgliedern »sektiererisch.«⁴ Im Zuge des »Neuen Kurses« wurde der Konflikt durch ein Gespräch zwischen Kirchenleitung und Staat (10.6.1953) unter Korrektur der Repressivmaßnahmen entschärft. An der Stendaler Schule ist es nicht zu Schulverweisen von JG-Mitgliedern gekommen. Weitere Details sind aus dem angefügten Dokument ersichtlich. Mitte Juni – nach den Abiturprüfungen – schrieb ein Teil der Schüler Klausuren, so die 9. Klassen am 15 und 19. Juni in Deutsch, am 17. in Geschichte, wobei sie vom verhängten Ausnahmestand erfuhren.

Zum Verfasser der Notizen: Reinhold (genannt Rolf) Richter (1896-1982), Kunstpädagoge, Maler und Grafiker, Kulturpolitiker. 1920-1945 Kunsterzieher in Nowawes (jetzt zu Potsdam), Stendal und Hannover, ab 1939 Fachberater für die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein. 1945 Übersiedlung zur evakuierten Familie nach Stendal. Juli bis November 1945 Oberbürgermeister von Stendal (auf KPD-Vorschlag). 1946-49 Leiter des Amtes für Volksbildung, 1948-51 Leiter der Kreisvolkshochschule Stendal und Inspekteur der Volkshochschulen der Altmark, dann Leiter der Betriebs-VHS des VEB Schwermaschinenbau Ernst Thälmann in Magdeburg-Buckau (vormals Krupp-Gruson).

Mehrmals sah R. sich mit Konflikten konfrontiert, die seine Loyalität als Parteimitglied auf harte Proben stellten:



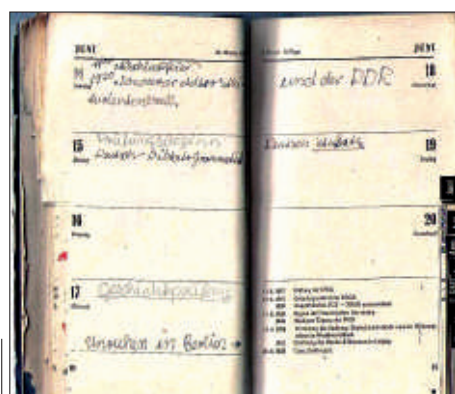
– bei den »Formalismus«-Kampagnen ab 1948, bei denen Künstler abgewertet wurden, die er sehr schätzte (Impressionisten, Barlach, die Modernen der »Brücke« und des Bauhauses), während süßlich-naturalistische Darstellungen (weil mit den »richtigen« Gegenwertsstoffen) Anerkennung fanden;⁵

– als 1951 staatliche Anordnungen die Situation der Volkshochschuldozenten verschlechterten (»Ich kann nicht glauben, daß die effektive Verschlechterung der Dozentenbezüge im Sinne der Verordnung vom 24. Mai d. J. liegt« – »Für unsere BVHS [Betriebsvolkshochschule; R.R.] kommt verschärfend hinzu, daß auch die April-, Mai- und Juni-honorare infolge der bekannten Verschleppungstaktik erst nach dem 1. Juli ausgezahlt werden, so daß sie

(einschl. Finanzamt) dem erhöhten Steuerabzug von 14 % unterliegen. Bei der so schon vorhandenen Verärgerung unserer Dozenten bedeutet das natürlich eine ernste Gefährdung der weiteren betrieblichen Volkshochschularbeit.«⁶). Die BVHS des Magdeburger Großbetriebes verfügte ausschließlich über nebenamtliche Lehrkräfte, die leicht abwandern konnten.

– Am 4.12.1951 teilte das Referat Kreisvolkshochschulen im Ministerium für Volksbildung der Landesregierung Sachsen-Anhalt Richter (offenbar nicht nur ihm) den Entzug der IN-Karte (Lebensmittelkarte für die Intelligenz; R.R.) mit. Er wandte sich darauf an den zuständigen Referatsleiter und fragte nach den »Umständen, die zu dieser Herabsetzung in der Wertung meiner Leistungen geführt haben. Denn bei dem ausgesprochenen Schwerpunktcharakter der BVHS im Ernst-Thälmann-Werk kann ein derartiger Entzug doch wohl nur in einer negativen Beurteilung [die es nicht gab, R.R.] meiner Arbeit begründet sein.« Natürlich war das ein Protest und wurde so verstanden.⁷

– Im Januar 1952 wandte sich R. wegen Mängeln im Volkshochschulwesen an das Büro W. Ulbricht. Das Hallenser Ministerium reagierte auf die Kritik mit seiner fristlosen Entlassung. Im Kampf um Rehabilitierung mußten zwei Kündigungen (vom Ministerium und vom neu entstandenen Rat des Bezirkes Magdeburg) zurückgenommen werden. Die Klärung seines



»Falles« zog sich bis Mai 1953 hin. Er kehrte in den Schuldienst zurück und war ab Januar 1953 Fachlehrer für Kunsterziehung an der Winkelmann-Oberschule Stendal und dort Sekretär der SED-Parteigruppe. Richter konnte also einige der Ursachen, die zum 17. Juni führten, aus eigenem Erleben genau.

Im Vorfeld der Juni-Ereignisse erhielt Richter, dessen Parteiarbeit für die SED ja bekannt war, folgenden, an den Ton der NS-Zeit erinnernden anonymen Drohbrieff: »Wir sind genau im Bilde über Ihr undeutsches Handeln, über die Henkerdienste, die Sie der alle Kultur und Menschenwürde zerstörenden Sowjetmacht und dem DDR-Regime leisten. Besinnen Sie sich! Machen Sie Schluß mit Ihrer Tätigkeit! Arbeiten Sie endlich gegen die jetzigen Gewalthaber, denn nur so können Sie Ihre eigene Schuld etwas mildern! Sie stehen weiterhin unter Beobachtung.«⁸ Das Pamphlet ist ein Zeugnis des kalten Krieges, den diverse Agenturen im Krisenjahr 1953 verstärkt gegen die DDR führten. Das Aktivitätsspektrum des CDU-Ostbüros z.B. wurde wie folgt beschrieben: »Die Gruppen [der CDU-Anhänger; R.R.], die sich über das ganze Territorium der DDR verstreut bildeten, stellten Flugblätter her, verteilten Materialien, die sie über das Ostbüro der CDU bezogen, schrieben Warn- und Drohbriefe, beschrifteten Mauern, rissen SED-Plakate herunter, klebten Zettel, betrieben Geheimsender, hörten gemeinsam westliche Radiosendungen, führten Versammlungen durch und belieferten das Ostbüro mit Berichten. Meist arbeiteten die Gruppen gleichzeitig mit dem 'Untersuchungsausschuß freier Juristen', der 'Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' sowie mit westlichen Zeitungen und Rundfunkanstalten zusammen... Die westlichen Geheimdienste nutzten die Informationsfreudigkeit der meist jüngeren Akteure, was die SKK [Sowjetische Kontrollkommission R.R.] und die SED wiederum veranlaßte, die Widerstandsgruppen als westliche Agenten- und Spionageagenturen zu bezeichnen.«⁹.

Die Aufzeichnungen Richters sind stichwortartige Mitschriften von Referaten zur politischen Lage, die in Parteiversammlungen (wohl zentrale Veranstaltungen der SED-Stadtorganisation) gehalten wurden. Zeitlich reichen die Notate vom 4. Mai bis 22.6. 1953.

Notat 1 vom 4. Mai spiegelt die Linie der II. Parteikonferenz vor dem 13. Plenum und vor der Korrektur durch den »Neuen Kurs« wieder:

- Wachsamkeit angesichts verschärften Klassenkampfes, besonders auf dem Lande;
- »Kampf gegen alte Gewohnheiten (z.B. Sonderzuweisungen)« meinte Abbau sozialer Vergünstigungen im Zuge des Sparsamkeitsregime;
- Aufbau »nationaler Streikkräfte« und Klassencharakter von Armeen und Kriegen (gerechte und ungerechte).

Notat 2: Bericht über eine Parteiversammlung vom 12.6.53 an der Winkelmannschule Stendal (siehe Anhang). Die Versammlung fand kurz nach Bekanntwerden des Politbüro-Kommuniqué über den »Neuen Kurs« statt. Das Notat zeigt die sehr zwiespältige Aufnahme dieser

Anhang: Bericht über die Parteiversammlung an der Winkelmann-Schule Stendal vom 12.6.1953 (handschriftliches Konzept)¹⁰

BPO Winkelmann-Schule

Inform-Bericht über BPO-Sitzung am 12. 6. 1953
Nur ein Tagesordnungspunkt: »Das Kommuniqué des Politbüros der SED u. die neue Lage«
An der Aussprache über dieses Thema nahmen teil:

- a) die Genossen: Patzwall, Zettler, Fischer, Richter, Synder, John, Böttcher, Huth, Pollach
b) die Genossinnen: Ritter, Freienstein¹¹

Nach kurzer Einleitung durch den Unterzeichneten wurden die Genossen aufgefordert, zu dem genannten Thema unter 2 Gesichtspunkten Stellung zu nehmen:

- a) eigene persönliche Stellungnahme
b) Aufnahme des Kommuniqués bei den Lehrern bzw. Schülern der Oberschule

Zu a): Die sich aus dem Kommuniqué ergebenden Maßnahmen – besonders die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet – wurden von den Gen[ossen] als eine Entspannung der Lage und ein wesentlicher Beitrag zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands freudig begrüßt. Mangelndes Verständnis dagegen fand bei einigen Genossen – insbesondere bei den Jugendfreunden (Pollach, John, Huth, Böttcher, Freienstein) das sehr großzügige Entgegenkommen betr. Junge Gemeinde u. Rückgabe der Stiftungen an die kirchliche Verwaltung (Pollack).

Richtige Einschätzung fand die Schrumpfung unserer Massenbasis seit der II. Parteikonferenz sowie die Vernachlässigung der Nationalen Front in Verbindung mit der Entwicklung in Westdeutschland und der Wandlung der weltpolitischen Lage (Synder, Zettler, Patzwall, Huth). Gen. Patzwall wies mit Recht darauf hin, daß die Fehler, die seitens des ZK bzw. unserer Regier[un]g. begangen worden sind, auch unsere eigenen Fehler seien. Es hätte unter der Mitgliedschaft offenbar an »Zivilkourage« (sic) gefehlt, an Mut zur offenen Kritik. Wo aber solche Kritik geübt worden sei, hätte man den Kritiker sehr häufig »gemüllert«, d.h. also die Neigung zur Ausübung der Kritik im Keim erstickt (Böttcher). Auch sei die Information der zentralen Parteistellen hinsichtlich der Stimmung in der Bevölkerung sichtlich schlecht gewesen. Es gelte, die zu wenig beachtete Losung »Heraus mit der Sprache!« mit aller Entschiedenheit zu realisieren.

überraschenden »180-Grad-Wende« der Parteiführung unter den Parteimitgliedern.

Notat 3: Auswertung des 13. ZK-Plenum (14.5.53), das die 10%ige Normerhöhung beschlossen hatte. Das entsprechende Referat wurde aber am 16. Juni – also am Tag der Streiks und großen Demonstrationen in Berlin – gehalten. Daher floß nun die aktuelle Situation des »Neuen Kurses« ein. Der Kampf zielte nun auf Sektierer einerseits, andererseits auf Kapitulanten (Vertreter der Linie Berija - Herrnstadt). Normerhöhungen seien »freier«, d.h. nicht mit Zwangsmitteln, zu erreichen.

Anmerkungen:

- 1 – Stendals Kulturleben im Stadium des verstärkten Klassenkampfes, Bericht vom Dez. 1948, S. 2, NRR C 4.
2 – Undatiertes, hektographiertes ZSGL-Protokoll vom Januar 1953, im Besitz des Vf.
3 – Michael RICHTER, Die Ost-CDU 1968-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf 1990, S. 329, 362. Der Spionage-Vorwurf war nicht das bestimmende Argument der Kampagne gegen die JG.

Zu b): Hinsichtlich der Aufnahme, die das Kommuniqué bei den Lehrern der Oberschule gefunden hat, erbrachten die Berichte der Genossen noch keine konkreten Angaben, sondern nur die allg. Feststellung, das Kommuniqué sei mit Befriedigung u. Erleichterung begrüßt worden, da es eine Entspannung der Lage u. Begünstigung der Wiedervereinigung bedeute. [...] Die Resonanz in der Schülerschaft ist nach den Angaben der Genossen allgemein nicht als gut zu bezeichnen. So berichtete Jutta Freienstein (ZSGL), selbst gute FDJ-Freunde könnten den Kurswechsel hinsichtlich der »Jungen Gemeinde« nicht verstehen. Gen. Pollach spricht [von] Anzeichen der »Aufsässigkeit« mancher Gruppen von Oberschülern, die gewissermaßen »Morgenluft wittern«.

Gen. Huth erklärt, in der Schülerschaft sei die Auffassung weit verbreitet, der »Bankrott« der SED und FDJ stehe unmittelbar bevor bzw. sei schon hereingebrochen. Gen. Böttcher ergänzte hierzu, daß wilde Gerüchte über Wilhelm Pieck u. Walter Ulbricht in Umlauf seien. Walter Ulbricht sei bereits »abgerückt« oder stehe im Begriff, die DDR zu verlassen. Genossin Ritter berichtet einen konkreten Einzelfall: die Schülerin Schmücker hat die bei der Aussprache von ihr abgegebene schriftl. Austrittserklärung aus der »Jg. Gemeinde« zurückverlangt und zugleich ihren Austritt aus der FDJ erklärt.

Anschließend wurde über die sich in einigen Einzelfällen [...] etwa ergebenden Folgerungen diskutiert. Der Unterzeichnete betonte hierzu, daß die aufgrund des Kommuniqués erforderlichen Maßnahmen geradlinig und ohne Winkelzüge durchgeführt werden müßten. Im übrigen bestehe keinerlei Anlaß zu Bedrücktheit und Kleinmut oder gar Pessimismus: Der Mut unserer Partei und unserer Regierung, die begangenen Fehler vor dem eigenen Volk und zugleich vor der Weltöffentlichkeit rückhaltlos einzugestehen und entschiedene Maßnahmen zur Wendung der entstandenen Lage zu ergreifen, sei in der Geschichte unseres Volkes ohne Beispiel und bezeuge die unbedingte Ehrlichkeit, die Stärke u. Kühnheit unserer Partei, der – allen Schwierigkeiten zum Trotz – der Sieg gehören wird.

4 – Fritz DORGERLOH, Geschichte der evangelischen Jugendarbeit, Teil 1: Junge Gemeinde in der DDR. Hannover 1999. 77, Anmerkung 69; zu JG auch Horst DÄHN, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945-1980. Opladen 1982.

5 – Leonore KRENZLIN, Das »Formalismus.Plenum«. In: Jochen CERNÝ (Hg.) 1990 a.a.O., 52-62; s.a. Katalog zur III. deutschen Kunstausstellung, Dresden 1953.

6 – Schreiben vom 17.7.1951; Adressat nicht ermittelt. Nachlaß Reinhold Richter (= NRR) D 12.

7 – Richter an Ministerium, Schreiben vom 10.12.1951. NRR D 12.

8 – Handschr. Abschrift. Der Brief aus Tangermünde trug den Tagesstempel vom 5. 6. 1953. NRR C 3

9 – Michael RICHTER, a.a.O., 275 ff. u. 279.

10 – Original NRR C 4. Abkürzungen: BPO - Betriebsparteiorganisation; ZSGL - Zentrale Schulgruppenleitung der FDJ. Redefloskeln: »gemüllert«: Unterdrückung von Kritik durch Maßregelung des Kritikers; »Heraus mit der Sprache!«: zentrale Losung einer Pressekampagne, die Chefredakteur Herrnstadt im »Neuen Deutschland« initiierte.

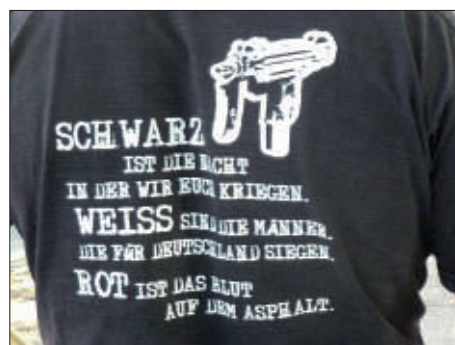
11 – Die Lehrer Patzwall und Zettler bildeten die Schulleitung. Die übrigen Teilnehmer waren überwiegend Schüler der 11. u. 12. Klassen und Mitglieder der ZSGL.

NPD-Stand war totale Pleite

Biesenthal (bbp). Trotz Ferienzeit und nur eintägiger Mobilisierungszeit kamen am 20. Juli etwa 40 Menschen auf dem Biesenthaler Marktplatz zusammen, um gegen einen NPD-Infostand zu demonstrieren.

»Nur 5 Nazis konnte die NPD zu ihrem Infostand am 20. Juli auf den Biesenthaler Marktplatz mobilisieren«, heißt es auf der Internetseite des Recherche-teams Biesenthal. »Das von denen keiner aus Biesenthal kam, konnte mensch schon an Ort und Uhrzeit erkennen. Am Samstag zwischen 10 und 12 Uhr ist der Biesenthaler Marktplatz einfach total leer.« Und auch die wenigen Passanten, die dann doch vorbei kamen, ließen sich nicht an den Stand mit Bonbons und bunten Flyern locken. Innerhalb von zwei Stunden drückte einer der Nazis etwa zehn vorbeigehenden Passanten ein NPD-Blättchen in die Hand. »Diese entsorgten die Blättchen ungeselens sofort wieder in die Müllsäcke, die ihnen freundliche Antifas hinhielten.«

Unter den Demonstranten waren viele Biesenthaler, der Bürgermeister, die örtliche Landtagsabgeordnete, aber auch Unterstützer aus Bernau, Strausberg und Berlin. Spontan solidarisierten sich viele AutofahrerInnen mit einem Hupkonzert. Radlerinnen und Radler, gerade auf einem Ausflug, schlossen sich der Gegendemonstration an.



Einer der NPDler fiel durch seinen menschenverachtenden Spruch auf seinem T-Shirt auf. Das machte allen deutlich, wie wichtig es ist, sich den Nazis entgegenzustellen.

»Wer von den fünf Nazis alles für den Verfassungsschutz arbeitet«, so das Recherche-Team, sei nicht bekannt. Erkannt wurden die Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Barnim-Uckermark Aileen Rokohl und ihr Mann Andreas Rokohl aus Bernau. Die Eberswalder NPD war durch Jörg Schröder vertreten, der dort einen eigenen Naziblog betreibt.



Übergangsheim für Asylbewerber in Wandlitz:

Trauer und Zorn nach Abschiebung

Wir sind traurig und zornig, weil vier Kinder und Jugendliche zwischen acht und 17 Jahren abgeschoben wurden, die wir kennenlernen durften, mit denen wir zusammen spielten, sangen und herzlich lachten, mit denen wir im April einen »echt coolen« Ausflug in den Wildpark Schorfheide machten. Von ihnen hörten wir immer wieder, wie froh sie waren, daß sich Menschen aus Wandlitz und Umgebung für die Flüchtlinge interessieren, aber auch wie traurig sie waren, daß sie nicht regulär eine Schule besuchen konnten und dadurch nicht so rasch deutsch lernten. Sie wurden getröstet mit der »kurzen Übergangszeit, bis Sie eine Wohnung bekommen und dann Ihre Kinder eingeschult werden«... Nach einem halben Jahr in Wandlitz mußten sie sich am 15.07.2013 um 5 Uhr im Übergangwohnheim bereit halten. Die Ausländerbehörde des Landkreises Barnim hatte die Eltern mit einer schriftlichen Belehrung, die sie zu unterzeichnen hatten, informiert, daß sie dann abgeholt und zum Flughafen Berlin-Tegel gefahren werden. Weiter hieß es:

»Für den Fall, daß Sie zum genannten Termin nicht in Wandlitz sind, kann angenommen werden, daß Sie sich der Ausreise entziehen wollen. Ich wurde heute darüber informiert, daß in diesem Fall die jeweilige zuständige Ausländerbehörde die Haft zur Sicherung der Abschiebung beantragen wird. Über die Mitnahme von 31 kg Reisegepäck (23 kg Gepäck und 8 kg Handgepäck) wurde ich gleichfalls belehrt.« Die mitleidlose Amtssprache und die nur noch vage Hoffnung auf Erfolg der anwaltlichen Schreiben und Petitionen bewirkte letztlich ein lähmendes Gefühl von Bedrohung durch eine für die Betroffenen unfaßbare gesetzliche Macht.

Keine Rolle spielten im konkreten »Fall« bei dieser Aufforderung solche Kleinigkeiten wie die Fluchtursachen, die mögliche Bedrohung

in Polen und in Rußland, der 40. Geburtstag des Vaters am Tag vor der Abschiebung, diverse Vorerkrankungen und eine dringend notwendige Operation der Mutter in der Woche davor, sie wurde erst am 12.07. aus dem Krankenhaus entlassen. So wundert es auch nicht, wenn die erneute Erkrankung der Mutter, die einen weiteren Aufenthalt im Krankenhaus notwendig machte, wenn die verzweifelte Intervention des Vaters und das Weinen der Kinder bei der Abholung in Wandlitz, auf der Fahrt nach Berlin, auf dem Flughafen Tegel und beim Einchecken (»Wir wollen nicht ohne unsere Mutter fliegen!«) ignoriert wurden.

»Es hat alles seine Richtigkeit, wenn deutsche Gesetze angewandt und umgesetzt werden«, wird die innere Rechtfertigung der vollziehenden Bediensteten sein. Aber wie immer gab es auch hier einen Spielraum, ein Ermessen, das den Abbruch der Abschiebung wegen der drohenden Trennung der Familie erfordert und gerechtfertigt hätte. Um weiteren seelischen Schaden von der Familie abzuwenden, sollte dieser Fehler durch Rückkehr der Familie rasch geheilt werden. Gesetze und Verordnungen, die solche Maßnahmen wie die durchgeführte legitimieren, können nicht weiter hingenommen werden. Sie müssen geändert werden!

»Wo du herkommst, ist doch egal, du hast doch sowieso keine Wahl Du fällst vom Himmel, irgendwann-irgendwo, das nennen die dann Heimat oder so.« singt Udo Lindenberg in »Keine Nationen und keine Staaten mehr«. Damit sie nicht als namenlose Objekte der Abschiebung verschwinden, und weil wir wollen, daß sie hier in Deutschland eine Chance bekommen, zeigen wir sie hier als Menschen, als Persönlichkeiten die uns fehlen. Wir fordern ihre sofortige Rückkehr in den Barnim!

DIETER GADISCHKE

Dagmar Enkelmann versprach Hilfe

»Das Wandlitzer Engagement ist beeindruckend«, sagte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) nach ihrem Gespräch mit Vertretern des Runden Tisches der Toleranz in Wandlitz. Anlaß des Besuches war der Hilferuf des Koordinators Mathis Oberhof an die Politik, nachdem am 15. Juli in den frühen Morgenstunden eine tschetschenische Familie gegen ihren Willen nach Polen abgeschoben worden ist und bekannt wurde, daß die Familie getrennt wurde, entgegen den Festlegungen im Absatz 6 des Dublin II-Abkommens. Dr. Dagmar Enkelmann versprach, sich an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu wenden und eine Lösung für die betroffene Familie einzufordern.

Angesichts des großen Engagements sowie der Bereitschaft der Gemeinde und des Landkreises, die Asylbewerber willkommen zu heißen, zeigte sich Enkelmann sehr beein-

druckt. Die Halle der Solidarität, in der ehrenamtliche Helfer die Sachspenden annehmen, sortieren, reparieren und aufbereiten, platzt aus allen Nähten. Möbel wurden deshalb in eine Halle in Basdorf ausgelagert. Auf Nachfrage erfuhr Enkelmann, daß immer noch ganz großer Bedarf vor allem an Küchengerät, -mobiliar sowie an elektrischen Geräten und auch Fahrrädern besteht. Für die alltäglichen Fragen wie Behördengänge, juristische Beratung oder auch nur das Einkaufen fehlen Dolmetscher, vor allem für arabische Sprachen, informierte Heimleiterin Petra Stabenow. Auch künftig bleibt es das wichtigste Ziel des Runden Tisches, die öffentliche Meinung für die Asylbewerber und ihre Situation zu sensibilisieren. »Strikte Freiwilligkeit sei eines der Erfolgsrezepte, denn nur das, was mit Freude möglich sei, könne auch stattfinden«, so Pfarrerin Janet Berchner.

BÄRBEL MIERAU

Unesco-Weltnaturerbe:

Buchenwald Grumsin ist ein Erlebnis

Vor einiger Zeit führten die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. zwei Wanderungen in den Grumsiner Forst, dessen Buchenwald seit 2011 anerkanntes Unesco-Weltnaturerebe ist. Die Resonanz war überwältigend.

Die erste Wanderung ging vom ehemaligen Forsthaus Grumsin auf der Pflasterstraße durch einen schönen Buchenwald Richtung Groß Ziethen. Der Weg führte an einem Moor vorbei zum kleinen Grumsinsee, wo man die Fraßspuren der Biber nicht übersehen konnte. Auch die Biberburg war gut zu erkennen. Jenseits des Sees auf der Wiese am gegenüberliegenden Hang suchten zwei Kraniche nach Futter und schrien sich die Seele aus dem Leib.

Nach einiger Zeit folgte Wanderleiter Hartmut Lindner mit den Teilnehmern einer Abzweigung nach links und man sah bald den Großen Schwarzsee durch die Bäume glänzen. Weil der Winter so lang war, zeigten die Buchen erst ganz schwach ihr erstes Grün. Am Boden hatten sich aber die Buschwindröschen schon durchgesetzt.

Schließlich stießen die Wanderer auf die Pflasterstraße von Luisenfelde nach Grumsin, die zum Ausgangspunkt zurückführte. Etwas ernüchternd wirkten die Spuren, die der jüngste Holzeinschlag im Wald und auf den Wegen hinterlassen hatte. Die Wanderer sahen aufgewühlte Rückegassen und auch der markierte Wanderweg war stellenweise so aufgewühlt, daß er schwer passierbar war. Holzeinschlag im Naturschutzgebiet sollte, wenn überhaupt, doch etwas schonender durchgeführt werden. Jetzt begriffen wir, weshalb jemand am Forsthaus Grumsin die Schilder »Naturschutzgebiet« in »Kahlschlaggebiet« verfremdet hatte.

Die zweite Wanderung führte einen Tag später bei strahlendem Sonnenschein von Altkünkendorf in den Grumsiner Forst. Die Gruppe folgte zunächst der Pflasterstraße Altkünkendorf – Luisenfelde und hatte einen herrlichen Blick auf eine Moorlandschaft, bevor sie



dann die Endmoräne erklommen, wo noch die Wurzelteller einiger vom Wind entwurzelter Bäume studiert werden konnten.

Der Weg führte durch den Buchenwald zum Buckowsee und zum Schwarzsee. Hier traten alle aus dem Wald, warfen einen Blick auf den Telegraphenberg und nach Luisenfelde.

Auf einer alten Pflasterstraße ging es durch die herrliche wellige Offenlandschaft, in der sich auch ein Kranich sehen ließ, zurück nach Altkünkendorf, zu Kaffee und Kuchen.

Aufgrund der sehr großen Nachfrage werden die NaturFreunde in diesem Jahr noch eine Wanderung durch den Grumsiner Forst durchführen. Am 20. Oktober wird es mit Dr. Michael Luthardt (Forstwissenschaftler und agrarpolitischer Sprecher im Landtag) auf eine interessante Führung durch das Unesco Weltkulturerbe gehen. Weitere Informationen zu Treffpunkt, Startzeit und Anmeldung unter 03344-333200 oder www.berg-frei.de.

BERND MÜLLER

WandelBar: Lastenrad zur Ausleihe

Was in Hauptstädten wie Amsterdam, Kopenhagen oder Berlin schon lange zum Alltag in vielen Straßen gehört, kommt jetzt auch nach Eberswalde: Das Lastenfahrrad. Ab sofort kann ein solches Lastenfahrrad beim Regionalladen *Krumme Gurke* in der Ruhlaer Straße 1 ausgeliehen werden. Mit dem Rad lassen sich bequem, geräuscharm und ohne Benzin Lasten bis zu 70 kg transportieren.

Das Lastenrad ist selbstgebaut und stammt von der Energie- und Kulturwende-Initiative *wandelBar*, die damit den postfossilen und umweltfreundlichen Transport fördert. Verliehen wird es vom Regionalladen *Krumme Gurke*. Zur Abwicklung des Verleihs fällt eine kleine Gebühr an, die an den Regionalladen geht.



Das Lastenrad der Initiative *wandelBar* steht vor Regionalladen »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1, Eberswalde) zum Verleihe.

Das Rad selbst ist gegen eine Spende für bis zu zwei Tage ausleihbar. Von dem Geld sollen weitere Lastenräder gebaut werden. INGO FROST

Gespenster und Ämter

Open-Air-Sommertheater in Bernau

Im Juni feierte das diesjährige Sommertheater der Bernauer FRAKIMA-Werkstatt Premiere. Präsentiert wurde ein Doppelpack: Die Jugendgruppe des Werkstatt-Theaters spielte »Das Gespenst von Canterville«, nach Oscar Wilde. Nach einer kurzen Pause folgten die Erwachsenen des Theaters mit der Farce »Das Geld liegt auf dem Amt«, frei nach M. Corney. Beide Vorstellungen waren sehr gut besucht und hinterließen ein zufriedenes Publikum.

Im August wird es vier weitere Vorstellungen beider Stücke auf dem Bernauer Kulturhof in der Breitscheidstraße 43a geben. Jeweils um 19.30 Uhr am 9., 10., 16. und 17. August. Die Eintrittskarten kosten 5, ermäßigt 4 Euro. Platzreservierungen werden in der FRAKIMA-Werkstatt entgegengenommen (Telefon: 03338/5465, eMail: frakima@bernaubei-berlin.de).

Um was geht 's?

»Zwei Stücke, zwei Helden und ihre Not ist groß! Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht los«, so Angelica Bennert, Leiterin des Werkstatt-Theaters. Der schaurige Teil des ersten Stücks stammt vom irischen Schriftsteller Oscar Wilde: Der amerikanische Gesandte Hiram B. Otis zieht mit seiner Familie in das Schloß Canterville ein, das er, trotz der Warnungen vor einem Gespenst, gekauft hat. Für den 430 Jahre alten Sir Simon beginnt ein aussichtsloser Kampf gegen die rüpelhaften neuen Schloßbesitzer. Denn in Amerika macht man selbst Gespenster zu Geld! Und wie soll ein Gespenst spuken, wenn sich niemand vor ihm fürchtet?

Furcht hingegen treibt Thomas Kuhn im Stück Nr. 2 zu gesetzlosen Taten. Er ist arbeitslos, doch seine Frau soll nichts erfahren. Da kommen ihm die bürokratischen Mühlen gerade recht, die für den früheren Untermieter immer noch Geld überweisen. Wenn das so einfach ist, dann liebe es sich, mit etwas Geschick, gut davon leben. Und so erfindet Kuhn neue Untermieter mit bizarren Schicksalen, die der staatlichen Fürsorge bedürfen. Aber die Behörden wachen auf und schicken einen Prüfer. Thomas versucht mit allen Mitteln seinen Kopf aus der Schlinge des Gesetzes zu ziehen...

CHRISTIAN REHMER

Wußten Sie schon ...

... daß das »Bistro« aus Frankreich kommt? Wahrscheinlich.

Aber wußten Sie, daß es eigentlich eine russische Erfindung ist? Russische Emigranten, die nach der Revolution nach Paris flohen, eröffneten eigene Imbißbuden und nannten sie einfach: byistro. Auf Russisch: »schnell«.

Also ist ein BISTRO ein russischer Schnell-Imbiß!

JÜRGEN GRAMZOW



Freitag, 23.8.: 19 Uhr Ausstellungseröffnung 10 Jahre Liedersommer; 20 Uhr Konzert mit Bayon und Gästen (<http://bayonmusic.de>).

Samstag, 24.8.: 16 Uhr Nachmittagskinderprogramm (www.monika-ehrhardt.de); 20 Uhr Liederkonzert: Haase & Band (unplugged) (www.haase-band.de), Gundermanns Seilschaft (unplugged) (www.dieseilschaft.de), Feier am Feuer (www.altenhofer-liedersommer.de)

Die Veranstaltungen finden am Bootshaus »Am Breten« statt.

Bei schlechtem Wetter bitten wir ins »Bootshaus an der EJB«!!!

GÜNTER LANDMANN, Altenhofer Kulturkreis e.V.

1. Hoffest am Richterplatz

Am 6. August findet von 14 bis 18 Uhr das 1. Hoffest am Richterplatz statt. Ganz nah am Eberswalder Markt lädt die Volkssolidarität open air zu vielen Überraschungs-Aktivitäten auf dem Richterplatz ein (Mauerstraße 17 in Eberswalde). Besonders auch die Kids kommen auf ihre Kosten: Hüpfburg, Kinderschminken und das Jugendmobil sorgen für Auslauf und bedienen die sportlichen wie kreativen Ambitionen junger Besucher. Der Jugendbereich stellt ausgefallene Mitmachprojekte wie Holzstuhlbau, Tattoofertigung, Graffiti-Sprayen, Gitarre spielen u.a. vor. Buntes Treiben an den Ständen der Volkssolidarität, Kuchenbasar, Leckerer vom Grill und Glücksrad locken Genießer. Sportliche Aktivitäten, Fitness-Tips und vielfältige Beratungsangebote reflektieren auf Junggebliebene jeden Alters. Ehrenamt – hier wird es gebraucht!

ANDREA HOEHNE

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur.

»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

6. September, 19 Uhr: Lesung & Konzert
Angelika Mann singt und erzählt aus ihrem Leben »Was treibt mich nur«.

Das Team der Buchhandlung Mahler

Öffentliche Rentensprechstunde

Mittwoch, 14. August, 10 - 13 Uhr. Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde. Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbecheiden und Formulieren von Widersprüchen.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Loriot-Abend

Die »Wilde Bühne Weimar« spielt am 19.9.2013 um 19.30 Uhr in Eberswalde in der Märchenvilla »Die Ente bleibt draußen« – ein Loriot-Abend mit den schönsten Szenen von Loriot wie z. B. Opa Lindemann, Garderobe, Geigen und Trompeten, Eheberatung etc. Es erwarten Sie vier Schauspieler und ein Musiker.

Eintrittspreise: 12 Euro, ermäßigt: 10 Euro.
Karten über Touristinfo Eberswalde, (Tel. 03334/64520).

Wir verlosen für diesen Loriot-Abend einmal 2 Freikarten. Einsendeschluß ist der 23. August 2013 (Kontaktdateien siehe Impressum).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)

Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: ABB, Frost, Gädicke (2), Kopec, Markmann (2), Müller, Richter (2), Rud-Wolga

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 1. August 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29. August 2013, 12 Uhr.